

**Mittelfristige Prognose der
österreichischen Wirtschaft
2002–2006**

Juli 2002

Die ökonometrischen Modellprognosen
werden von einer Arbeitsgruppe der
Abteilung Ökonomie und Finanzwirtschaft erstellt:

**Peter Brandner
Bernhard Felderer
Daniela Grozea-Helmenstein
Christian Helmenstein
Helmut Hofer
Reinhard Koman
Robert Kunst
Monika Riedel
Andreas Schuh
Edith Skriner
Andrea Weber**

**Ökonometrisches Forschungsprogramm
des Instituts für Höhere Studien**

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung und Zusammenfassung	1
Texttabelle: Wichtige Prognoseergebnisse	4
Abbildungen: Wichtige Prognoseergebnisse	5/6
2. Die internationale Konjunktur	7
2.1. Internationale Konjunkturprognosen	7
2.2. Länderprognosen	9
Texttabelle: Internationale Rahmenbedingungen	17
3. Die österreichische Außenwirtschaft	18
Abbildung: Wachstumsbeiträge der realen Endnachfragekomponenten	20
4. Perspektiven der Inlandskonjunktur	21
Abbildung: Sparquote der privaten Haushalte	21
Abbildung: Wachstumsraten von BIP und Bruttoinvestitionen, real	22
Abbildung: Wachstumsraten von Betriebsüberschuss und Bruttoinvestitionen, real	23
5. Monetäre Prognose	28
Tabellenanhang	30

1. Einleitung und Zusammenfassung

Rückkehr auf stabilen Wachstumspfad

Die österreichische Wirtschaft wird im Zeitraum 2002 bis 2006 um durchschnittlich 2.3 % und damit gleich schnell wie im Durchschnitt der letzten fünf Jahre wachsen. Ausgehend von dem weltweiten Konjunkturreinbruch im Jahr 2001 belebt sich die österreichische Wirtschaft deutlich, wobei der Konjunkturrückgang mit einem Wachstum von 2.7 % im Jahr 2004 erreicht wird. Über den gesamten Prognosezeitraum hinweg gesehen, wird das Wachstumstempo in Österreich damit geringfügig langsamer als in der Europäischen Union (2 ½ %) ausfallen. Die wesentlichsten Wachstumsmotoren in den nächsten Jahren bleiben der stabile private Konsum, die Exportnachfrage und die anziehende Investitionstätigkeit. Während der Aufschwung in der ersten Hälfte des Prognosezeitraums noch primär von der Außenwirtschaft ausgelöst wird, entwickelt sich die Inlandsnachfrage in der Folge zur Konjunkturstütze.

Nach der Stagnation im Vorjahr zeigen sich bereits deutliche Anzeichen für ein Anspringen der Weltkonjunktur. Die konjunkturellen Aufwärtstendenzen finden sich gegenwärtig in nahezu allen Industrieländern. In den USA hat die Produktionstätigkeit deutlich zugelegt. Die asiatischen Schwellenländer verzeichneten eine kräftige Erholung, auch in Japan hat die Wirtschaftsleistung wieder zugelegt. Vergleichsweise verhalten verlief noch die Konjunktur im EU-Raum. Frühindikatoren deuten darauf hin, dass sich das Expansionstempo in Europa im zweiten Quartal beschleunigt hat. Diese positive Tendenz sollte sich in der zweiten Jahreshälfte fortsetzen. Ausgehend von der Erholung in den USA wird auch die europäische Wirtschaft wieder anziehen. Der Konjunkturrückgang wird in den Jahren 2003 bis 2004 erreicht werden, danach wird sich die Wirtschaftsleistung geringfügig abschwächen. Über den gesamten Prognosezeitraum hinweg betrachtet, wird die Europäische Union mit einem durchschnittlichen Wirtschaftswachstum von 2 ½ % aber weiterhin hinter den USA zurückbleiben (3 %). Dabei wird unterstellt, dass sich die Bautätigkeit in Deutschland längerfristig stabilisiert und die deutsche Wirtschaft ein durchschnittliches Wachstumstempo von 2 % erreicht.

Der Ausblick für die heimische Binnenkonjunktur fällt mit einem durchschnittlichen Wachstum von 2.1 % geringfügig günstiger als für die Periode 1997 bis 2001 aus. Das reale Wachstumstempo bleibt auf Grund des gedämpften öffentlichen Konsums etwas hinter dem BIP-Wachstum zurück.

Der private Konsum wird die Konjunktur weiterhin stützen. Die durchschnittliche Wachstumsrate des Konsums wird sich auf 2.1 % belaufen. Nachdem die Haushalte in den Vorjahren die Sparquote deutlich zurückgenommen haben, steigt diese ausgehend vom Tiefststand 2001 bis zum Ende des Prognosezeitraums um einen Prozentpunkt.

Die Investitionen werden bis zum Jahr 2006 um durchschnittlich 3.2 % wachsen. Hierbei entwickeln sich die Ausrüstungsinvestitionen mit 5.1 % stärker als der Bau mit 0.9 %. Im Vergleich zu der Periode 1997 bis 2001 belebt sich die Investitionstätigkeit, insbesondere wegen der Entwicklung in der Bauwirtschaft. Nach den starken Einbrüchen in den Jahren 2001 und 2002 werden die Bauinvestitionen im restlichen Prognosezeitraum wieder etwas anziehen.

Die zweite Hälfte der 90er Jahre war von einem deutlichen Integrationsprozess der österreichischen Wirtschaft in die Weltwirtschaft gekennzeichnet. Lediglich der Konjunkturunbruch 2001 hat die Expansion der internationalen Handelsbeziehungen etwas gedämpft. Im Zeitraum 1997 bis 2001 sind die realen Exporte laut VGR pro Jahr um durchschnittlich 9.1 % angestiegen. Die österreichische Exportwirtschaft konnte dabei Marktanteile gewinnen. Die Exportquote ist von 41.8 % des BIP im Jahr 1997 auf 51.9 % im Jahr 2001 geklettert. Analog sind die realen Importe laut VGR um durchschnittlich 8.1 % gewachsen. Die außenwirtschaftliche Dynamik wird sich im Prognosezeitraum abschwächen, der Integrationsprozess der österreichischen Wirtschaft setzt sich aber weiter fort. Die durchschnittliche Wachstumsrate der Exporte laut VGR wird 5.5 % betragen. Auf Grund der anziehenden Binnenkonjunktur beleben sich die Importe (5.3 %). Insgesamt gesehen trägt der Außenbeitrag weiterhin positiv zur Wirtschaftsentwicklung in Österreich bei.

Die ausgezeichnete Entwicklung der österreichischen Exportwirtschaft schlägt sich in der Leistungsbilanz nieder. Während im Jahr 2000 die Warenbilanz noch ein Defizit von 3 Mrd. Euro auswies, wird diese 2006 annähernd ausgeglichen sein. Das Leistungsbilanzdefizit sinkt von 4.6 Mrd. Euro (2001) auf 3.8 Mrd. Euro (2006), bzw. auf 1.5 % des BIP.

Mit einem durchschnittlichen Anstieg der Verbraucherpreise von 1.7 % wird die Preisentwicklung im Prognosezeitraum ruhig verlaufen, wobei die Inflationsrate die 2-Prozent-Marke in keinem Jahr übersteigen wird. Die Rohölverteuerung, die Schwäche des Euro und der BSE-Skandal führten in den Vorjahren zu deutlichen Preissteigerungen. Im heurigen Jahr hat sich der Preisauftrieb bereits abgeschwächt. Da Sonderfaktoren (Witterungseinflüsse bei den Nahrungsmitteln) dafür verantwortlich sind, dass die heurige Inflation noch etwas höher ausfällt, als es aus rein konjunkturellen Überlegungen zu erwarten war, wird für nächstes Jahr ein weiteres Absinken der Inflationsrate erwartet. Auf Grund der guten Konjunktursituation wird für 2004 eine Inflationsrate von knapp unter 2 % erwartet. Gegen Ende des Prognosezeitraums wird sich der Preisauftrieb wieder etwas abschwächen. Das Institut nimmt an, dass von Seiten der Wechselkurse wie auch von den Rohstoffpreisen keine preistreibenden Effekte ausgehen. Weiters geht das Institut davon aus, dass die beschäftigungsfreundliche Lohnpolitik weiter fortgesetzt wird und damit die Lohnstückkosten nur verhalten steigen.

Nach dem konjunkturbedingten Einbruch im heurigen Jahr ergibt die Prognose einen relativ erfreulichen Ausblick für den Arbeitsmarkt. Die Zahl der unselbständig Beschäftigten (ohne Karenz- bzw. KindergeldbezieherInnen und Präsenzdiener mit aufrechtem Beschäftigungsverhältnis) wird um durchschnittlich 0.5 % pro Jahr wachsen. Bis zum Ende des Prognosezeitraums werden per saldo 75.000 neue Arbeitsplätze entstehen. Diese Beschäftigungsentwicklung schlägt sich in einem spürbaren Rückgang in der Arbeitslosenquote nieder. Laut Modellprognose sinkt die Arbeitslosenquote (nationale Definition) bis zum Jahr 2006 auf 5.1 %. Die Arbeitslosenquote laut Eurostat-Definition wird auf 3 ½ % zurückgehen.

Hinsichtlich der Abschätzung der Entwicklung der öffentlichen Haushalte geht das Institut davon aus, dass das aktuelle mittelfristige Stabilitätsprogramm realisiert werden kann. Insbesondere wegen der deutlich höher als erwartet ausgefallenen Steuereinnahmen wurde das Nulldefizit bereits im Vorjahr erreicht. Auf Grund der konjunkturellen Lage werden im heurigen Jahr die Staatseinnahmen etwas schwächer, die Ausgaben etwas kräftiger als im Budgetvoranschlag erwartet ausfallen. Daher rechnet das Institut für 2002

mit einem Defizit von 0,3 % des BIP. Für das Jahr 2003 erwartet das Institut gegenwärtig ein Nulldefizit. Dieser Prognose wurde eine Abgabensenkung von 0,6 Mrd. Euro (Lohnnebenkostensenkung) zugrunde gelegt. Für die Folgejahre unterstellt das Institut ebenfalls ein ausgeglichenes Budget. Dazu tragen einerseits die Konjunktorentwicklung und andererseits die unterstellte strikte fiskalische Disziplin bei den Ausgaben bei.

Mit knapp 46 % des Bruttoinlandsprodukts hat die Abgabenquote 2001 einen Höchststand erreicht. Zur Verbesserung des Wirtschaftsstandortes sollten Maßnahmen zur Reduktion der Abgabenquote gesetzt werden. Aus strukturellen Gründen ist daher eine Steuerreform zu begrüßen, diese ist aber nur bei einer entsprechenden Gestaltung der Ausgabenseite ohne nennenswertes Defizit möglich. Durch eine Organisations- und Finanzierungsreform der öffentlichen Verwaltung sollten Rahmenbedingungen geschaffen werden, welche eine effiziente Ressourcenverwendung gewährleisten. Zur Sicherstellung der längerfristigen Finanzierbarkeit sind auch weitere strukturelle Maßnahmen im Bereich der Pensionsversicherung notwendig. Außerdem erscheinen zusätzliche Anstrengungen im Bereich des Aus- und Weiterbildungssystems notwendig, um dem sich bereits abzeichnenden Mangel im Bereich der höherqualifizierten Arbeitskräfte gegenzusteuern.

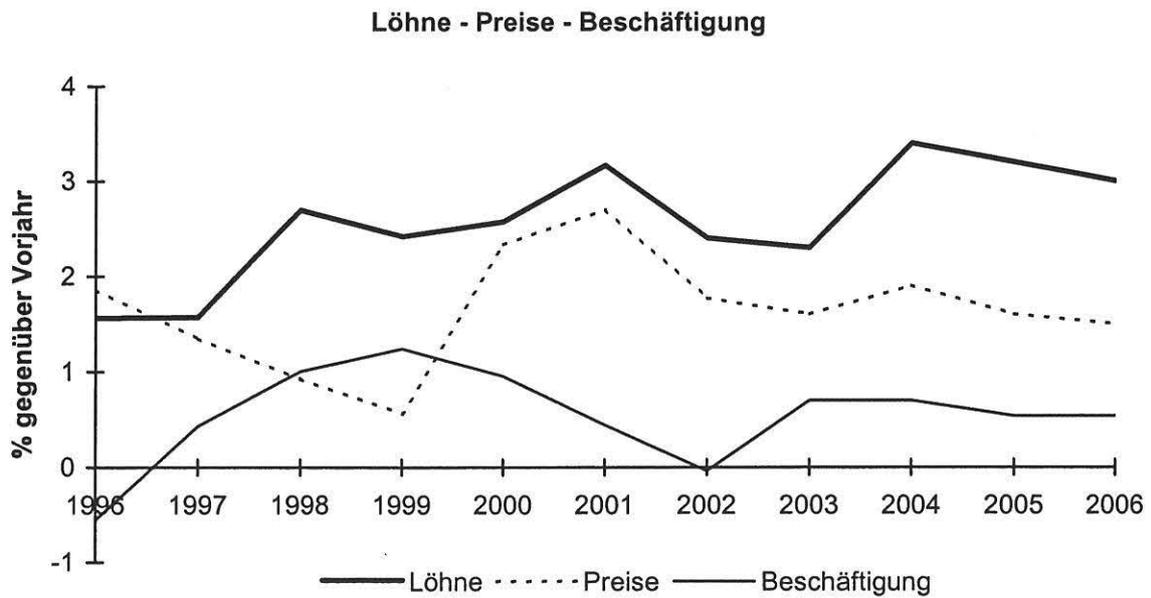
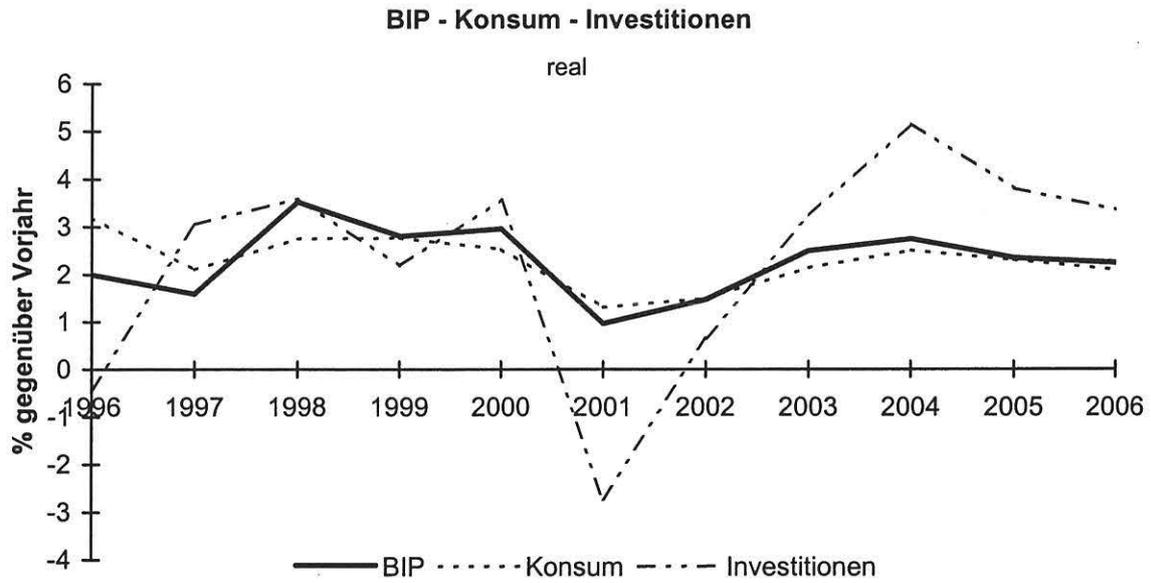
Wichtige Prognoseergebnisse

Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	1997-2001	2002-2006
Bruttoinlandsprodukt, real	2.4	2.3
Privater Konsum, real	2.3	2.1
Bruttoinvestitionen insgesamt, real	1.9	3.2
Ausrüstungsinvestitionen, real	4.8	5.1
Bauinvestitionen, real	-0.4	0.9
Inlandsnachfrage, real	1.9	2.1
Exporte i.w.S., real	9.1	5.5
Waren, real (laut VGR)	10.2	6.0
Reiseverkehr, real (laut VGR)	1.1	2.2
Importe i.w.S., real	8.1	5.3
Waren, real (laut VGR)	7.5	5.8
Reiseverkehr, real (laut VGR)	0.1	2.2
Unselbständig Aktiv-Beschäftigte	0.8	0.5
Arbeitslosenrate: Nationale Definition*)	6.6	6.0
Arbeitslosenrate: Eurostat-Definition*)	4.0	3.7
Bruttolohnsumme pro Aktiv-Beschäftigten	2.5	2.9
Preisindex des BIP	1.0	1.4
Verbraucherpreisindex	1.6	1.7
3-Monats-EURO-Rendite*)	3.7	4.1
10-Jahres-EURO-Rendite*)	5.1	5.5
Leistungsbilanz (Mrd. €)*)	-5.3	-4.0

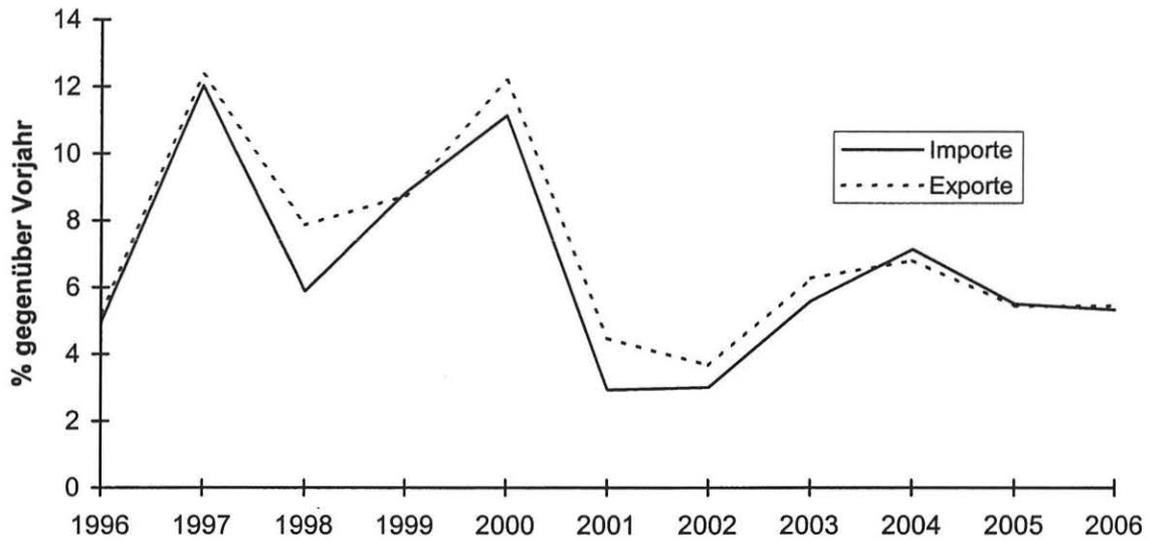
*) absolute Werte

WICHTIGE PROGNOSEERGEBNISSE /1

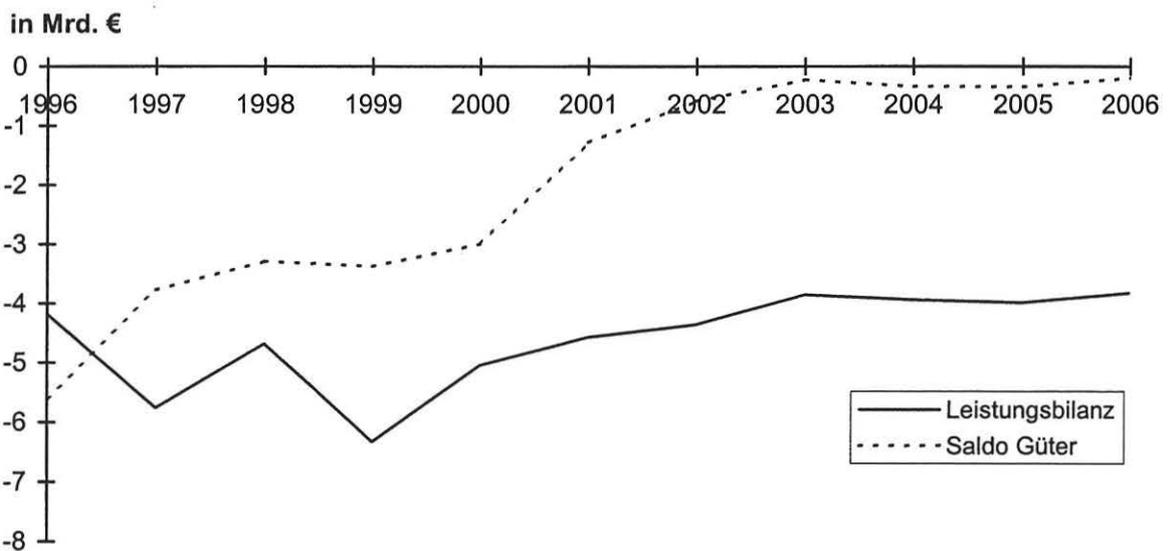


WICHTIGE PROGNOSEERGEBNISSE /2

Importe (i.w.S.) - Exporte (i.w.S.)



Leistungsbilanz



2. Die internationale Konjunktur

2.1. Internationale Konjunkturprognosen

Der Welthandel wuchs im Zeitraum 1997 bis 2001 im Jahresdurchschnitt um 2.7 %. In den Jahren 1997 bis 1998 bewirkten die Finanzkrisen in Asien und Lateinamerika eine Abnahme der Welthandelsströme. Ein Rekordwachstum von 12 % wurde hingegen im Jahr 2000 erzielt. Durch das drastische Absinken der weltweiten Nachfrage nach kommunikations- und informationstechnologischen Produkten entwickelte sich der Welthandel im Jahr 2001 stark rückläufig. Die Talsohle in der globalen Wirtschaftsentwicklung wurde jedoch am Beginn des Jahres 2002 überwunden und der Ausblick auf die kommenden Jahre hellt sich wieder auf. Der Aufschwung greift aber nur langsam.

In den Jahren 1997 bis 1999 profitierte die Weltwirtschaft vom starken USD, sowie von niedrigen Energie- und Rohstoffpreisen. Durch die moderate Preisentwicklung ergab sich ein Spielraum für eine expansive Zinspolitik. In den kommenden Jahren wird von diesen Größen kein stimulierender Effekt auf die Weltwirtschaft ausgehen. In der Prognose wird angenommen, dass sich der USD gegenüber dem Euro leicht abschwächt, dass das Rohöl um 24 USD pro Barrel gehandelt wird, und dass in der weltweiten Geldpolitik wieder ein restriktiverer Kurs eingeschlagen wird. Unter diesen Voraussetzungen dürfte der Welthandel in den nächsten fünf Jahren um durchschnittlich 6.4 % zunehmen.

Die Risiken in der zukünftigen Entwicklung der Weltwirtschaft liegen in politischen Unsicherheiten, der Rohölpreisentwicklung, der zunehmenden Verschuldung der Entwicklungsländer und dem hohen Leistungsbilanzdefizit in den USA. Wenn die in die USA fließenden Kapitalströme drastisch sinken, kann das hohe Leistungsbilanzdefizit nicht mehr finanziert werden. Ein Wertverlust des USD wäre die Folge, was wiederum zu einer Verminderung der Exportchancen anderer Länder in die USA führen würde.

Das globale Wirtschaftswachstum wies in den Jahren 1997 bis 2001 weit geringere Schwankungen als der Welthandel auf. Die Weltwirtschaft expandierte im Jahresdurchschnitt um 3.4 %, wobei die Wachstumsraten zwischen 2.5 % und 4.8 % lagen. Eine Abnahme der zyklischen Schwankungen ist seit Beginn der 1980er Jahre zu beobachten. Die Gründe dafür sind im technologischen Fortschritt und in der Durchführung von Strukturreformen zu sehen. Unterstützend wirkt auch die wachsende Verflechtung der Welthandelsströme und das Entstehen von globalen Finanzmärkten.

Die Konsumnachfrage zeigte in den Jahren 1997 bis 2001 einen stetigen Aufwärtstrend, zurückzuführen auf den Reichtumszuwachs der Haushalte in den Industrieländern. Weltweit haben sich auch die Bedingungen am Arbeitsmarkt verbessert. Die Unternehmensgewinne und Anlageinvestitionen schwächten sich hingegen in diesem Zeitraum zunehmend ab. Weltweit war eine sinkende Preisentwicklung zu beobachten. Die Inflationsrate betrug in den vergangenen fünf Jahren durchschnittlich 4.7 %, verglichen mit zweistelligen Zuwachsraten in der ersten Hälfte der 1990er Jahre. Das Abklingen der Inflation ist größtenteils auf eine verbesserte Geldpolitik der einzelnen Nationalbanken und auf die Zunahme in der Produktivität zurückzuführen. In den USA wurde in den vergangenen fünf Jahren ein durchschnittliches Jahreswachstum

der Produktivität von 1.8 % erreicht. In Japan und im Euro-Raum betrug es nur 0.9 %. Der technologische Fortschritt der US-Wirtschaft überträgt sich jedoch auch auf die anderen Länder der Welt. Vorteilhaft wirkt sich dabei aus, dass die Wirtschaft Europas flexibler und anpassungsfähiger geworden ist als noch vor zehn Jahren.

Im laufenden und nächsten Jahr wird die weltweite Investitionstätigkeit wieder kräftiger zunehmen, eine Voraussetzung dafür ist jedoch, dass es an den Kapitalmärkten wieder eine nach oben gerichtete Kursentwicklung gibt. Die Nachfrage der privaten Haushalte wird nach wie vor robust bleiben. Solange es zu keinen Engpässen in der Rohstoffversorgung kommt, dürfte der Preisauftrieb moderat bleiben. Auf Grund der langsameren Konjunktorentwicklung dürfte der Abbau der Arbeitslosigkeit in den nächsten Jahren etwas schleppender vorangehen, als es in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre zu beobachten war.

Die USA ist derzeit der einzige Wachstumsmotor der Weltwirtschaft. Im Jahr 2002 breitet sich die Belebung aus und greift nun auch auf die asiatische Wirtschaft über. Die japanische Wirtschaft steht daher am Beginn einer umfassenden Erholung. Der Euro-Raum trägt auch in den nächsten Jahren zum globalen Wachstum bei, jedoch in einem geringeren Ausmaß als die Wirtschaft der USA. Die Wirtschaft der OECD Länder wird, nachdem sie in den vergangenen fünf Jahren um durchschnittlich 2.9 % gewachsen ist, in den nächsten Jahren wiederum um 2 ¼ % zulegen. Im Prognosezeitraum wird mit einer stabilen Preisentwicklung gerechnet.

Die Wirtschaft Asiens (ohne Japan) wird in den kommenden Jahren kaum die hohen Wachstumsraten, die bis zur Mitte der 90er Jahre zu beobachten waren, erzielen. Nach den turbulenten Ereignissen in den Jahren 1997 bis 2001 kehrt die Wirtschaft Asiens jedoch wieder auf einen stabilen Wachstumskurs zurück. Die offenen Ökonomien Asiens waren die ersten, die vom Wirtschaftsaufschwung in den USA und in Japan profitierten. Inwieweit es jedoch dieser Ländergruppe gelingen wird, sich in den nächsten Jahren von außenwirtschaftlichen Schwankungen abzukoppeln, hängt von der Durchsetzung der geplanten Reformen ab, die auf eine Stärkung der inländischen Nachfrage abzielen. Mit der Integration Chinas in die Weltwirtschaft hat auch die chinesische Wirtschaft das Potenzial, in den nächsten Jahren eine wichtige Rolle im asiatischen Wirtschaftsraum einzunehmen.

In den Jahren 1997 bis 2001 gelang es der Wirtschaft Lateinamerikas, eine Finanzkrise und den Preisverfall bei Rohstoffen (ohne Rohöl) und landwirtschaftlichen Produkten zu überwinden. Darüber hinaus wurde die Wirtschaft auch von der globalen konjunkturellen Abschwächung im Jahr 2001 betroffen. Die Nachfrage aus den industrialisierten Ländern verringerte sich, und die Kapitalzuflüsse gerieten ins Stocken. Mexikos Wirtschaft weist eine starke Verflechtung mit den USA auf. Der Wirtschaftsaufschwung in den USA, hohe Rohölpreise und ein schwacher Peso sollten Mexiko in den nächsten Jahren zu einem Aufschwung verhelfen. Die konjunkturelle Belebung wird in Brasilien verzögert eintreten, da die Exportentwicklung zum größten Teil von der Nachfrage aus dem Euro-Raum abhängt. Die brasilianische Wirtschaft gewinnt wechselkursbedingt an Wettbewerbsfähigkeit. Mit dem globalen Aufschwung werden die Preise von Metallen und Kaffee wieder ansteigen, was die Wirtschaftsleistung Chiles und Kolumbiens stärken wird. Die Krise in Argentinien wird sich voraussichtlich nicht auf die anderen Schwellenländer ausbreiten.

Die Wirtschaft der EU wuchs in den vergangenen fünf Jahren um 2.6 %. Der bedeutendste Wachstumsbeitrag kam von der französischen und spanischen Wirtschaft und von der Wirtschaft des Vereinigten Königreichs. Eine sehr hohe Rate im Wirtschaftswachstum verzeichneten Finnland, Griechenland und Irland. Das Schlusslicht in der Wirtschaftsentwicklung war Deutschland mit einer Wachstumsrate von nur 1.8 %.

Von 1997 bis 2000 profitierte die Wirtschaft des Euro-Raumes von der starken Nachfrage aus den USA. Wechselkursbedingt nahm die Wettbewerbsfähigkeit der Länder stetig zu. In der Exportentwicklung und bei den Anlageinvestitionen wurden in diesem Zeitraum hohe Wachstumsraten verzeichnet. Von Sondereffekten bereinigt nahm auch der Preisdruck im Euro-Raum stetig ab. Vielen Mitgliedsländern gelang es auch ihr Budgetdefizit drastisch abzubauen, und Fortschritte wurden bei der Durchführung von fiskalischen Reformen gemacht. Die strukturellen Reformen am Arbeitsmarkt reichten jedoch nicht aus, um einen rascheren Abbau der Arbeitslosigkeit zu bewirken.

In der Mitte des Jahres 2000 begann in der EU ein Wirtschaftsabschwung, der mit der Entwicklung in den USA synchron verlief. Gemeinsame Schocks, wie stark steigende Preise für Rohöl, sinkende Unternehmensgewinne und der damit im Zusammenhang stehende Kursverfall an den Börsen bildeten die Ursache dafür. BSE und Maul- und Klauenseuche haben auf Grund des hohen Verflechtungsgrads innerhalb der Länder des Euro-Raumes den konjunkturellen Abschwung verstärkt. Im Jahr 2001 fiel das Wachstum der Wirtschaft der EU etwas besser aus als in den USA, wozu die gute Entwicklung in Frankreich und dem Vereinigten Königreich beigetragen haben.

Im Gegensatz zu den USA erholt sich die Wirtschaft der EU nur sehr langsam, da das Exportwachstum noch sehr moderat ausfällt. Erst im Jahr 2003 wird das Wirtschaftswachstum der EU wieder deutlich an Tempo dazugewinnen. Der Impuls wird von der Exportwirtschaft und von einer zunehmend belebten Investitionstätigkeit ausgehen. Im Zeitraum 2002 bis 2006 wird die Wirtschaft der EU um durchschnittlich 2 ½ % wachsen. Die Inflation dürfte dabei unter die 2-Prozent-Marke fallen. Die Probleme am europäischen Arbeitsmarkt bleiben weiterhin bestehen.

2.2. Länderprognosen

Deutschland

In den Jahren 1997 bis 2001 wuchs die deutsche Wirtschaft um durchschnittlich 1.8 %. Der Konsum der privaten Haushalte entwickelte sich mit Ausnahme des Jahres 1999, in welchem Steuersenkungen auf Arbeitseinkommen zur Geltung kamen, sehr langsam. Der wichtigste Wachstumsbeitrag kam von den Exporten, wodurch auch die Ausrüstungsinvestitionen stimuliert wurden. Die Bauindustrie erwies sich in den vergangenen fünf Jahren durchgehend als Schwachpunkt in der deutschen Wirtschaftsentwicklung. Nach der Wiedervereinigung setzte in Deutschland ein Bauboom ein. Damals wurden Überkapazitäten geschaffen, sodass die Nachfrage nach Neubauten noch immer rückläufig ist. Davon besonders stark

betroffen ist der private Wohnbau, während im kommerziellen Bau bereits leichte Anzeichen eines Aufschwungs feststellbar sind.

In den letzten fünf Jahren war die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland von einem nur geringen Inflationsdruck begleitet. In den Jahren 1998 und 1999 lag die Preissteigerungsrate unter einem Prozent. Ab dem Jahr 2000 machten sich jedoch die steigenden Rohölpreise in der Teuerungsrate bemerkbar. Der Arbeitsmarkt verbesserte sich zunehmend, wobei sich die Arbeitslosenquote um zwei Prozentpunkte absenkte.

Eine Sonderstellung in der deutschen Wirtschaftsentwicklung nimmt das Jahr 2000 ein. Durch die stark anziehende Weltkonjunktur und den schwachen Euro legten Exporte und Anlageinvestitionen kräftiger zu als in den drei vorangegangenen Jahren. Das Wirtschaftswachstum lag im betreffenden Jahr mit 3.2 % weit über dem Potenzialwachstum. Trotz der globalen Wirtschaftsabschwächung im Jahr 2001 blieb die deutsche Exportentwicklung relativ robust, was noch immer auf den günstigen Einfluss des Wechselkurses zurückzuführen war. Da sich die Wirtschaftsaussichten im Jahresverlauf zunehmend verdüsterten, gab es einen Einbruch bei den Ausrüstungsinvestitionen.

Die auflebende Wirtschaftsdynamik in Nordamerika und Asien greift im Jahr 2002 auf Deutschland über. Die realisierten Werte bestätigen den Verlauf der nach oben gerichteten Stimmungsindikatoren. Das Exportgeschäft belebt sich und steigende Importraten signalisieren ein Aufleben der Binnennachfrage. Der größte Wachstumsbeitrag kommt jedoch noch immer von der Außenwirtschaft, da sich der Konsum der privaten Haushalte nur langsam verbessert. Auch die Investitionstätigkeit bleibt sehr schwach und kann gegenüber dem Vorjahr nicht aufholen.

Im Zeitraum 2002 bis 2006 ist mit einer Stärkung des Konsums der privaten Haushalte zu rechnen. Auch in der Bauwirtschaft dürfte eine Trendwende bevorstehen. Das Wirtschaftswachstum wird dann weniger von den Exporten als von der Binnennachfrage getragen werden. In den nächsten Jahren ist daher mit einem Wirtschaftswachstum von 2 % zu rechnen. Die Teuerungsrate wird dabei voraussichtlich wie in den vergangenen Jahren durchschnittlich 1.6 % betragen. Mit einem raschen Abklingen der Arbeitslosigkeit ist jedoch in naher Zukunft nicht zu rechnen.

Weitere westeuropäische Länder

Wie in Deutschland, so entwickelte sich auch die **italienische** Wirtschaft in den letzten Jahren deutlich unter dem Durchschnitt der EU. In den Jahren 1997 bis 2001 betrug das Wirtschaftswachstum 2 %. Die Binnennachfrage Italiens war in den vergangenen Jahren deutlich stärker ausgeprägt als in Deutschland. Der Konsum der privaten Haushalte und die Investitionstätigkeit bei Anlagegütern und im Bausektor, entwickelten sich robust. Etwas schwächer als in den meisten anderen Ländern fiel das Exportwachstum aus. Mit der Einführung der gemeinschaftlichen Währung verlor die italienische Wirtschaft an Wettbewerbsfähigkeit, was ab dem Jahr 1999 zu einem deutlichen Absinken des Überschusses im

Außenbeitrag führte. Auch die Preisentwicklung wirkte sich nachteilig auf die Exportchancen der italienischen Industrie aus.

Nach einem konjunkturellen Tiefpunkt im Jahr 2001 bleibt die Stimmung in der Industrie und bei den Verbrauchern gedämpft. Italiens Unternehmer können nur schwer Arbeitskräfte freisetzen, was in einer Phase mit schwacher Konjunktur die Arbeitsproduktivität senkt. Beim Versuch den Arbeitsmarkt zu reformieren litt auch das Konsumentenvertrauen. Im Zeitraum 2002 bis 2006 wird das Wachstum der italienischen Wirtschaft 2 % ausmachen. Die Binnennachfrage wird sich voraussichtlich abschwächen. Durch das langsamere Wachstum der Importnachfrage nimmt der Überschuss im Außenbeitrag wieder stärker zu als in den vergangenen Jahren. Der Preisdruck wird in den kommenden Jahren steigen und der Arbeitsmarkt wird sich kaum verbessern.

Die Wirtschaftsentwicklung **Frankreichs** wird in den nächsten Jahren gedämpfter ausfallen als in den fünf vergangenen Jahren. Insbesondere wird eine Wiederholung der starken Wachstumsdynamik der Jahre 1998 bis 2000 für unwahrscheinlich gehalten. Seit dem Jahr 1998 entwickelte sich in der französischen Wirtschaft eine starke Binnennachfrage, die sich auf einen starken Konsum der privaten Haushalte und auf eine rege Investitionstätigkeit stützte. Die stimulierende Wirkung wurde primär durch Steuersenkungsmaßnahmen erzielt. Die Haushaltsnachfrage blieb auch im Jahr 2001 robust, während sich die exportorientierte Industrie von der globalen Wirtschaftsabschwächung stark betroffen zeigte. Nachdem die französische Wirtschaft in den Jahren 1997 bis 2001 um 2.9 % gewachsen ist, dürfte sie im Zeitraum 2002 bis 2006 um durchschnittlich 2 ¼ % zulegen.

Der Konsum der privaten Haushalte, der sich in den letzten Jahren als Stütze der französischen Konjunktur erwies und im Jahresdurchschnitt um 3 % wuchs, wird sich im laufenden und auch in den kommenden Jahren langsamer entwickeln. Im Jahr 2002 sinkt das Konsumentenvertrauen. Der Abbau der Arbeitslosigkeit, der in den letzten Jahren erfolgreich durchgeführt wurde, kommt im Jahr 2002 zum Stillstand und auch in den nächsten Jahren zeichnet sich keine deutliche Verbesserung ab. Neben moderaten Lohnerwartungen dürfte das reale Einkommen der Haushalte durch Preissteigerungen gedämpft werden. Die Haushalte schätzen daher ihre zukünftige finanzielle Lage schlechter als in den Vorjahren ein und somit ist mit einem Ansteigen der Sparquote zu rechnen. Auf Grund der notwendig gewordenen Budgetkonsolidierung muss auch von Seiten der öffentlichen Hand gespart werden. Als Folge der Nachfrageschwäche des privaten und öffentlichen Sektors wird die Investitionstätigkeit schwächer als in den vergangenen Jahren ausfallen. Der globale Wirtschaftsaufschwung wird zwar die französische Exporttätigkeit stimulieren, aber auch hier wird eine langsamere Entwicklung als in den vergangenen Jahren erwartet.

Die Wirtschaftsleistung des **Vereinigten Königreichs** beschleunigte sich in den Jahren 1997 bis 2001 um 2.8 %. Das Land weist traditionsgemäß eine enge Verflechtung mit der Wirtschaft der USA auf. In der zweiten Hälfte der 90er Jahre gab es jedoch eine Abweichung im Wachstumspfad. Die Wirtschaft des Vereinigten Königreichs konnte die sehr hohen Wachstumsraten der USA nicht erreichen, weil die starke Binnennachfrage zu einem großen Teil durch Importe gedeckt wurde. Durch den Wechselkurs gewannen

ausländische Produkte gegenüber den inländischen Erzeugnissen einen Preisvorteil. Die Exportwirtschaft litt hingegen unter der sinkenden preislichen Wettbewerbsfähigkeit.

Der Konsum der privaten Haushalte wuchs in den Jahren 1997 bis 2001 um durchschnittlich 4 %. Der Abbau der Arbeitslosigkeit, der Anfang der 1990er Jahre begonnen hatte, setzte sich weiter fort und das reale Einkommen der Haushalte wuchs. Positiv wirkten sich auch die steigenden Immobilienpreise auf das Konsumverhalten aus. Im laufenden und kommenden Jahr wird sich die Konsumneigung etwas abschwächen, da die Geldpolitik einen restriktiveren Kurs einlegen wird. Der Wertverlust des GBP gegenüber dem Euro stimuliert die krisengeschüttelte Exportwirtschaft. In der güterverarbeitenden Industrie setzt der Aufwärtstrend im Jahr 2002 ein. Im Zeitraum 2002 bis 2006 wird die Wirtschaft des Vereinigten Königreichs um durchschnittlich $2\frac{3}{4}$ % zulegen, begleitet wird das Wachstum von nur moderaten Preissteigerungsraten.

Das Wirtschaftswachstum der **Schweiz** wies in den Jahren 1997 bis 2001 stärkere Schwankungen auf als das Wachstum in den großen Nachbarländern. Im Durchschnitt betrug das Wachstum der schweizerischen Wirtschaft 2 %. In den vergangenen Jahren kam der wichtigste Wachstumsbeitrag von der Binnennachfrage. Der Außenbeitrag ist ab dem Jahr 1998 negativ, und weist seit damals eine zunehmend negative Tendenz auf. In den Jahren 1997 bis 2001 verbesserte sich der Arbeitsmarkt und die Inflation war bemerkenswert niedrig.

Durch die plötzliche Nachfrage nach SFR, ausgelöst durch die politischen Unsicherheiten in Zusammenhang mit dem 11. September 2001, gewann der Wechselkurs gegenüber den wichtigsten Handelswährungen deutlich an Wert. Der Kursgewinn reflektierte aber nicht die Leistungsstärke der schweizerischen Wirtschaft und somit brach die Exportnachfrage noch im gleichen Jahr drastisch ein. Gegen den allgemeinen Wachstumstrend wird sich die Konjunktorentwicklung der Schweiz auch im Jahr 2002 weiter abschwächen, da ein Wirtschaftswachstum nur möglich ist, wenn auch die Auslandsnachfrage zunimmt. In den folgenden Jahren ist wieder mit einem stärkeren Wachstum zu rechnen. Dies setzt jedoch voraus, dass sich der Wechselkurs abschwächt. Die Preisstabilität dürfte durch die gelockerte Geldpolitik nicht gefährdet werden. Demnach wird die Wirtschaft der Schweiz in den nächsten Jahren ein durchschnittliches Wachstum von $1\frac{3}{4}$ % erzielen.

USA

Die Wirtschaft der USA wuchs in den Jahren 1997 bis 2001 mit 3.6 % deutlich rascher als der westeuropäische Wirtschaftsraum. Maßgeblich für die starke Wirtschaftsentwicklung der Jahre 1997 bis 2000, in denen Wachstumsraten von über 4 % erzielt wurden, war das hohe Konsumentenvertrauen. Die Ausrüstungsinvestitionen wiesen zweistellige Wachstumsraten auf, jedoch zeigte sich im Zeitablauf eine Abschwächung. Da die starke Inlandsnachfrage von Steigerungen in der Produktivität begleitet wurde, gab es in der Preisentwicklung nur einen moderaten Anstieg. Die Inlandsnachfrage und der Wechselkurs belebten die Importtätigkeit und führten zu einer deutlichen Verschlechterung der Außenhandelsposition. Das Leistungsbilanzdefizit in Prozenten des BIP gemessen, betrug in den letzten Jahren durchschnittlich 3

%, demgegenüber steht ein Überschuss von 17 % bei den ins Land fließenden Kapitalströmen in Form von Direkt- und Portfolioinvestitionen. Die starken Kapitalzuflüsse erklären die Wechselkursstärke in den vergangenen Jahren.

Im Jahr 2001 begann sich die expansive Entwicklung der Vorjahre deutlich abzuschwächen. Die güterverarbeitende Industrie schlitterte in eine Rezession und der Terroranschlag am 11. September legte vorübergehend alle Wirtschaftsaktivitäten lahm. Die Kursverluste an den Kapitalmärkten der USA verstärkten sich durch dieses Ereignis. Die Fed reagierte in diesem Jahr mit drastischen Zinssenkungen, die den Aufschwung im nächsten Jahr sicherten. Im Jahr 2002 festigt sich das Wirtschaftswachstum der USA wieder. Die Konsumfreude der privaten Haushalte bleibt nach wie vor bestehen. Im Jahr 2002 schlagen die Konsumausgaben einen gesunden Wachstumspfad ein. Steigende Löhne und Gehälter und die Preisentwicklung tragen zur Zunahme des verfügbaren Einkommens der Haushalte bei und dadurch gibt es auch einen Spielraum zum Sparen ohne die Ausgaben zu kürzen. Auch in der güterverarbeitenden Industrie überwiegen die positiven Faktoren. Der Aufschwung festigt sich daher auch in diesem Wirtschaftsbereich.

In den Jahren 2002 bis 2006 wird das Wirtschaftswachstum in den USA voraussichtlich 3 % betragen. Die starke Wirtschaftsdynamik der Jahre 1997 bis 2000 wird sich nicht mehr wiederholen. Die Zinsentwicklung dürfte im laufenden Jahr den Tiefpunkt erreicht haben. Von der Schwäche des USD wird jedoch ein stimulierender Effekt auf die Exportwirtschaft der USA ausgehen. Der wichtigste Wachstumsimpuls wird in der nahen Zukunft von der Investitionstätigkeit der Industrie kommen. Ab dem Jahr 2003 wird die Arbeitslosenrate wieder abnehmen, jedoch mit einem langsameren Tempo als in den Jahren 1997 bis 2000.

Japan

Die japanische Wirtschaft verzeichnete im Jahr 1998 und im Jahr 2001 eine Rezession. Das durchschnittliche Jahreswachstum der letzten fünf Jahre betrug daher nur 0.7 %. Das geringe Wachstum reflektiert die Tatsache, dass die Strukturprobleme in der japanischen Wirtschaft in diesen Jahren nicht überwunden wurden. Das Konsumentenvertrauen sank, da die Unternehmen zahlreiche Entlassungen vornahmen. In der ersten Hälfte der 90er Jahre betrug die Arbeitslosenquote noch weniger als 3 %. In den Jahren 1997 bis 2001 verschlechterte sich der japanische Arbeitsmarkt zunehmend. Im Jahr 2001 betrug die Arbeitslosenquote 5 %. Die Ausgaben der Haushalte entwickelten sich daher sehr verhalten. Die Investitionsausgaben waren leicht rückläufig. Ein großer Wachstumsbeitrag kam von den Staatsausgaben. Die öffentliche Hand versuchte durch zahlreiche Stimulationspakete über die Investitionen die Wirtschaft anzukurbeln. Bei den Anlageinvestitionen gab es ein positives Wachstum, jedoch gingen die Bauinvestitionen in diesem Zeitraum stark zurück. Auf Grund der stagnierenden Inlandsnachfrage fiel die Nachfrage nach ausländischen Waren und Dienstleistungen gedämpft aus.

Im Jahr 2002 zeichnet sich eine Belebung der Wirtschaftsentwicklung in Japan ab. Einerseits profitiert die japanische Wirtschaft vom konjunkturellen Aufschwung in den USA, andererseits ist auch die Wechselkurspolitik der Bank of Japan auf eine Verbesserung der Exportchancen des Landes ausgerichtet.

Durch die stark wachsende Nachfrage aus dem Ausland gibt es in der güterverarbeitenden Industrie einen Produktionsboom, jedoch konzentriert sich der Aufschwung vorerst nur auf die exportorientierten Branchen wie die Automobil- und Elektronikindustrie. Zeitverzögert werden auch die binnenorientierten Branchen vom Aufschwung profitieren. Die Gewinnaussichten der Unternehmen steigen somit. Die verbesserte Stimmung in der Industrie stärkt das Vertrauen der Verbraucher. Die Haushalte sind in der Beurteilung der Arbeitsmarktlage etwas zuversichtlicher geworden.

Der Aufschwung in der japanischen Außenwirtschaft wird sich bald auf die Binnennachfrage übertragen. Im laufenden und in den nächsten Jahren ist mit einer Stärkung des privaten Konsums zu rechnen. Auch die Investitionstätigkeit dürfte an Dynamik gewinnen. Demnach wird es für möglich gehalten, dass die japanische Wirtschaft in den nächsten Jahren um durchschnittlich 2 % wächst. Ein Risiko bildet dabei die zukünftige Wechselkursentwicklung. Die deflationäre Tendenz in der Preisentwicklung wird voraussichtlich im nächsten Jahr enden.

Osteuropa

Eine mittelfristige Prognose der Wirtschaftsentwicklung der osteuropäischen Länder ist angesichts der möglichen künftigen Änderungen der Wirtschaftspolitik, der strukturellen Veränderungen dieser Volkswirtschaften, sowie einer Vielzahl weiterer Faktoren mit mehr Unsicherheiten als bei den meisten OECD-Ländern verbunden. Trotz der Abschwächung der internationalen Konjunktur dürfte das Wachstum in den mittel- und osteuropäischen Ländern mittelfristig auf einem hohen Niveau bleiben. Die verstärkten Reformbestrebungen der EU-Beitrittskandidaten in den nächsten Jahren, sowie die voraussichtliche Wiederherstellung der Transportinfrastruktur auf dem Balkan und die wirtschaftliche Erholung in jenen Ländern, welche Restrukturierungsprogramme erfolgreich implementiert haben, werden das Wirtschaftswachstum unterstützen.

Steigende Exporte in Folge des zu erwartenden EU-Beitrittes der ersten Beitrittskandidaten und Direktinvestitionen dürften sich positiv auf das BIP-Wachstum der osteuropäischen Länder auswirken. Gemäß den Schlussfolgerungen des europäischen Rats in Nizza dürfte die EU schon ab Ende 2002 in der Lage sein, neue Mitglieder aufzunehmen. Mit dem Beitritt der ersten osteuropäischen Bewerber rechnet die EU schon am 1. Jänner 2004. Ob dieses Beitrittsdatum von allen zehn Beitrittskandidaten wahr genommen, oder von der EU eingehalten wird, hängt allerdings von mehreren Faktoren ab: Die Ratifizierung des Nizza Vertrages durch Irland; das Ausmaß und die Geschwindigkeit der Verhandlungen zwischen manchen Bewerberländern und der EU betreffend jener Kapitel, die zwar provisorisch abgeschlossen wurden, deren Ergebnis jedoch für beide Seiten nicht zufriedenstellend ist; die weiteren Entwicklungen in den Verhandlungen betreffend die Landwirtschaft und die Budgets.

Die wirtschaftliche Entwicklung **Ungarns** war in den letzten fünf Jahren durch hohe Wachstumsraten gekennzeichnet. Im Durchschnitt der letzten fünf Jahre ist das ungarische BIP um 4.5 % gewachsen. Die stabilitätsorientierte Wirtschaftspolitik sowie die seit dem Anfang der Wirtschaftsreformen hohen ausländischen Direktinvestitionen stellen eine gute Grundlage für ein nachhaltiges Wachstum dar. Im Durchschnitt der Jahre 2002 bis 2006 könnte das ungarische BIP-Wachstum dementsprechend 4 %

erreichen. Die Maßnahmen zur Reduzierung des Budgets- und Leistungsbilanzdefizits könnten mittelfristig das Wachstum dämpfen.

Das **polnische** BIP-Wachstum dürfte sich nach 4.1 % im Durchschnitt der letzten fünf Jahre auf 3 ¼ % zwischen 2002 und 2006 verringern. Die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit und die relativ hohen Realzinsen in Folge der restriktiven Geldpolitik, sowie die niedrige Unternehmensrentabilität dürften das Wachstum am Anfang der Prognoseperiode dämpfen. Das niedrige Importwachstum als Folge der schwächeren Inlandsnachfrage wird zur weiteren Reduzierung des Leistungsbilanzdefizits beitragen. Höhere Exporte in Folge der Wiederbelebung der europäischen Konjunktur dürften das Wachstum antreiben.

Laut einer Prognose der tschechischen Regierung sollte sich das Wachstum in **Tschechien** nach einer bescheidenen Entwicklung in den Jahren 1997 bis 2001 (0.8 %) auf 3 % bis 4 % beschleunigen. Mittelfristig dürfte das durchschnittliche Wachstum der tschechischen Wirtschaft 3 ¼ % betragen. Am Anfang der Prognoseperiode wird das Wachstum von der Inlandsnachfrage getragen. Auf der Entstehungsseite werden Dienstleistungen und Industrieproduktion die wichtigsten Wachstumsmotoren sein. Eine restriktivere Budgetpolitik in Folge der bevorstehenden Vollendung der Privatisierung wird die nächsten Jahre prägen.

Im Fünfjahres-Durchschnitt (1997-2001) ist die Wirtschaft der **Slowakei** um 3.7 % gewachsen. Im Durchschnitt der Jahre 2002 bis 2006 dürfte sich die slowakische Wirtschaft, nach der weitgehenden Vollendung der Privatisierung (mit Ausnahme der Elektrizitätswirtschaft) und der Restrukturierung des Bankensektors mit einer BIP-Wachstumsrate von 3 ¼ % dynamisch entwickeln. Am Anfang der Prognoseperiode wird die Inlandsnachfrage, insbesondere der Konsum, das Wachstum stützen. Mittelfristig bleibt die Senkung des Budgets- und Außenhandelsdefizits eine wichtige Herausforderung.

Für **Slowenien** erwartet das Institut für makroökonomische Analysen in Ljubljana (IMAD) ein durchschnittliches Wachstum von 4 % für die Jahre 2002 bis 2006, womit sich der Wachstumstrend der letzten fünf Jahre (4.2 %) fortsetzt. Die wiederhergestellten Handelsbeziehungen mit den Ländern aus dem ehemaligen Jugoslawien dürften die Exporte begünstigen und zusammen mit der hohen Dynamik der Investitionen und der Belebung des privaten Konsums zum BIP-Wachstum beitragen. Eine restriktivere Geldpolitik zur Unterdrückung der Inflationsgefahr könnte das Wachstum dämpfen.

Die Wirtschaftsentwicklung in **Rumänien** war zwischen 1997 und 1999 durch starke Rückgänge gekennzeichnet. Im Durchschnitt der letzten fünf Jahre ist das rumänische BIP um etwa 1.7 % zurückgegangen. Im Jahr 2000 wurde eine Trendumkehr erreicht. Für die nächsten fünf Jahre erwartet die rumänische Regierung ein durchschnittliches BIP-Wachstum von 4 ½ %. Das Wachstum dürfte von Exporten und Investitionen getragen werden. Eine Fortsetzung der von allen politischen Faktoren unterstützten wirtschaftlichen Reformen gilt als Voraussetzung für die Erreichung dieser hohen Wachstumsraten in den nächsten Jahren. Eine weitere Herausforderung bleibt die Senkung der Inflation und die Reduzierung des Leistungsbilanzdefizits.

Bulgarien hat in den letzten Jahren erfolgreich die makroökonomische Entwicklung stabilisiert. Nach einem BIP-Wachstum von 1.7 % im Durchschnitt der letzten fünf Jahre rechnet die bulgarische Regierung für den

Zeitraum 2002 bis 2006 mit einem durchschnittlichen Wachstum von 4 ½ %. Diese dynamische Entwicklung dürfte von der Wiederbelebung der Exporte angetrieben werden. Höhere Währungsreserven und fallende Auslandsverschuldung sollten die Stabilität des im Jahr 1997 eingeführten „Currency Board“ sichern.

In **Russland** wurde in den letzten fünf Jahren ein durchschnittliches Wachstum des BIP von 3.1 % verzeichnet. Nach der Trendumkehr im Jahr 1999 dürfte sich die Erholung der russischen Wirtschaft weiter fortsetzen. Angetrieben von steigenden Energieexporten dürfte das durchschnittliche Wachstum der russischen Wirtschaft zwischen 2002 und 2006 4 % betragen. Die strukturellen Probleme der russischen Wirtschaft und ein allmählicher Rückgang der Ölpreise können das Wachstum negativ beeinflussen. Andererseits dürften sich die Beschleunigung des Reformtempos und der erwartete Rückgang der Kapitalflucht positiv auf das BIP-Wachstum auswirken.

Internationale Rahmenbedingungen

Durchschnittliche jährliche Wachstumsraten in Prozent

	1997-2001	2002-2006
Welthandel, real	11.0	7
BIP, real		
Bundesrepublik Deutschland	1.8	2
Italien	2.0	2¼
Frankreich	2.8	2¼
Vereinigtes Königreich	2.8	2¾
Schweiz	2.0	1¾
Polen	4.1	3 ¼
Slowakei	3.7	3 ¾
Tschechien	0.8	3 ¾
Ungarn	4.5	4
Slowenien	4.2	4
Bulgarien	1.7	4 ½
Rumänien	-1.7	4 ½
Russland	3.1	4
USA	3.6	3
Japan	0.7	2
EU	2.7	2½
OECD – Insgesamt	2.9	2¾
Österreichische Exportmärkte	8.2	6¼
EUR/USD Wechselkurs*)	1.01	0.97
Rohölpreise*)**)	20.9	24

Quelle: IMF, OECD, nationale Statistiken, eigene Schätzungen.

*) absolute Werte

***) USD/barrel

3. Die österreichische Außenwirtschaft

Der österreichische Außenhandel entwickelte sich in den vergangenen fünf Jahren sehr dynamisch. Weder die Finanzkrisen in den Schwellenländern noch der globale konjunkturelle Abschwung im Jahr 2001 bewirkten eine markante Abschwächung in der österreichischen Exportentwicklung. Auf Grund des günstigen Wechselkurses und der verbesserten Kostenstruktur gewann die exportorientierte Industrie im Ausland Marktanteile. Mit Ausnahme des Jahres 1997 gab es im Reiseverkehr eine steigende Wachstumsdynamik. Auch importseitig gab es in den vergangenen Jahren eine Ausweitung. Die Wachstumsraten folgten vornehmlich der Exportnachfrage. Dadurch hat sich das Leistungsbilanzdefizit in den vergangenen Jahren kaum verändert.

Bereits seit Mitte 2001 verlangsamt sich das Wachstum des österreichischen Außenhandels deutlich. Ein Grund dafür liegt in der Nachfrageschwäche der Nachbarländer, allen voran Deutschland und Italien. Darüber hinaus dämpft auch der Wertgewinn des Euro gegenüber dem USD das Wachstum der Exporte in Drittländer. Die Belebung der österreichischen Warenexporte wird zuerst von den osteuropäischen Staaten und von den industrialisierten Ländern Asiens ausgehen. Erst mit einer zeitlichen Verzögerung wird sich die Nachfrage aus dem Euro-Raum stärker beschleunigen. Demnach werden die nominellen Warenexporte im Zeitraum 2002 bis 2006 im Jahresdurchschnitt um nur 6.7 % wachsen, verglichen mit 11 % in den vergangenen fünf Jahren. Auch die Exporte der sonstigen Dienstleistungen werden sich, gleich wie die Warenexporte, im Prognosezeitraum abschwächen.

Auf Grund der schwachen Inlandskonjunktur und Exportentwicklung schwächen sich die Warenimporte im Jahr 2002 deutlich ab. Erst im nächsten Jahr ist mit höheren Zuwächsen zu rechnen. Die nominellen Warenimporte werden im laufenden und in den kommenden Jahren im Durchschnitt um 6.4 % wachsen, verglichen mit 8.8 % in den vergangenen Jahren.

Seit dem 11. September haben sich weltweit die Reisegewohnheiten verändert. Es gibt nun mehr Reisen mit dem Auto an Stelle von Flugreisen. Dieser Trend kam bereits im Jahr 2001 der österreichischen Tourismusindustrie zugute. Aus dem selben Grund fällt im Jahr 2002 die Entwicklung im österreichischen Reiseverkehr ähnlich gut aus. Die Umstrukturierung der österreichischen Tourismusindustrie macht Österreich zu einem attraktiven Reiseziel. Im Gegensatz zu den Warenexporten und den Exporten von unternehmensbezogenen Dienstleistungen wird daher das Wachstum der Reiseverkehrsexporte in den nächsten Jahren an Tempo gewinnen. Die nominellen Reiseverkehrsexporte werden demnach im Zeitraum 2002 bis 2006 um jährlich 3.9 % zunehmen, verglichen mit nur 2.8 % in den vergangenen fünf Jahren. Die Reisegewohnheiten der Österreicher werden sich hingegen in den kommenden Jahren kaum verändern. Die nominellen Reiseverkehrsimporte werden im Zeitraum 2002 bis 2006 jährlich um 6.6 % wachsen, verglichen mit 6.7 % in den vergangenen Jahren.

Das Leistungsbilanzdefizit wird im Prognosezeitraum auf durchschnittlich 4 Mrd. Euro sinken, verglichen mit 5.3 Mrd. Euro in den vergangenen fünf Jahren. Abschwächen wird sich das Defizit im Warenhandel, der Überschuss im Reiseverkehr bleibt auch in den nächsten Jahren in ähnlicher Höhe bestehen.

Realwirtschaftlich gesehen nahmen die realen Exporte i. w. S. in den vergangenen fünf Jahren um durchschnittlich 9.1 % zu. Der höchste Zuwachs wurde im Jahr 1997 mit 12.4 % erzielt, die niedrigste Wachstumsrate gab es im Jahr 2001 mit 4.5 %. In den nächsten fünf Jahren wird sich die ausländische Nachfrageentwicklung verlangsamen. Vorlaussichtlich werden sich die österreichischen Exporte um durchschnittlich 5.5 % ausweiten. Die realen Importe i. w. S. dürften um durchschnittlich 5.3 % wachsen, nachdem sie in den vergangenen fünf Jahren um 8.2 % zulegen.

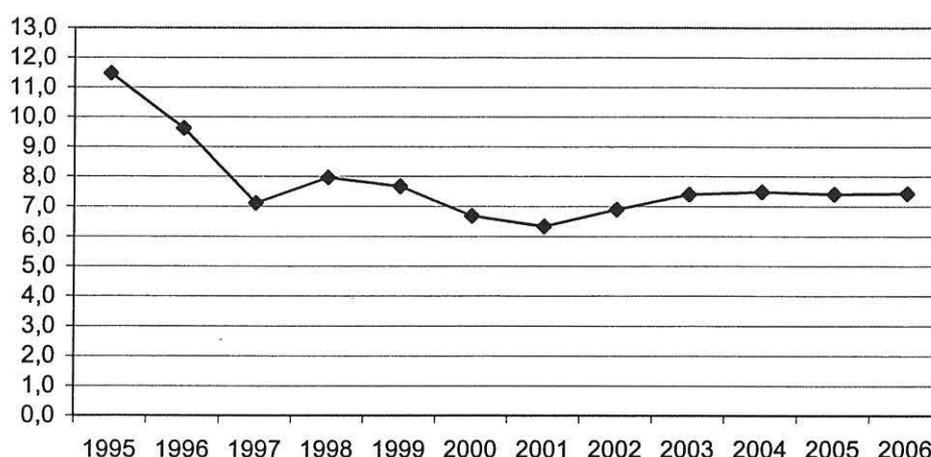
Wachstumsbeiträge der realen Endnachfragekomponenten



4. Perspektiven der Inlandskonjunktur

Während des gesamten Prognosezeitraums folgt der Konsum der privaten Haushalte dem verfügbaren Einkommen, wodurch die Sparquote der Haushalte auf ihrem derzeitigen, ungewohnt niedrigen Niveau von unter 8% verharrt. In den Jahren 2002 bis 2006 expandiert der reale private Konsum um durchschnittlich 2.1%. Damit wachsen die Konsumausgaben mit dem Bruttoinlandsprodukt beinahe im Gleichschritt, wodurch der Anteil des privaten Konsums an der gesamtwirtschaftlichen Aktivität konstant bleibt.

Sparquote der privaten Haushalte



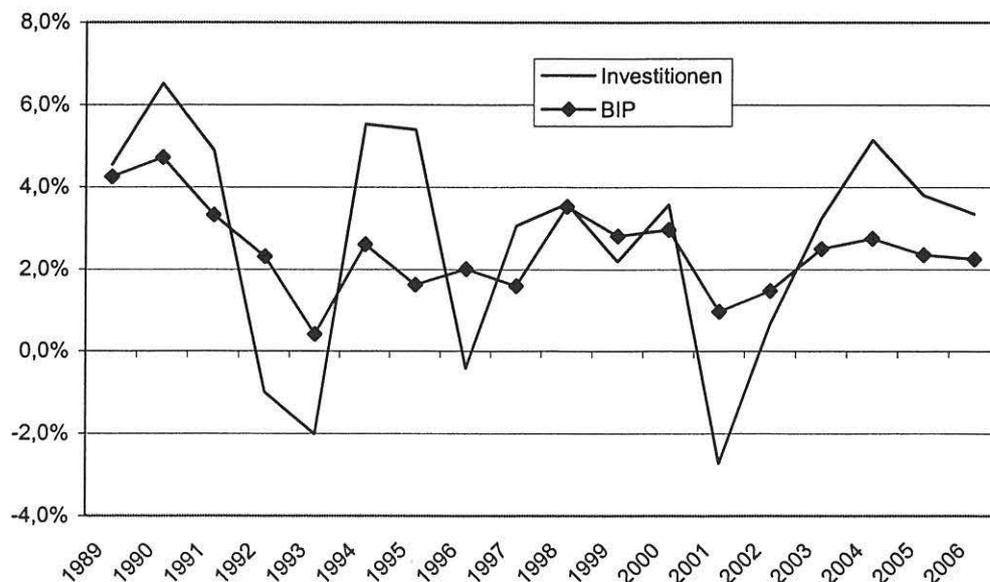
Die Grafik zeigt die Entwicklung der Haushalts-Sparquote seit 1995. Im Jahr 1995 sparten die österreichischen Haushalte noch 11,5 % ihrer verfügbaren Einkünfte, 1996 waren es noch knapp 10 %. Diese Werte kennzeichnen das langjährige Normalniveau dieser volkswirtschaftlichen Kenngröße. 1997 sank die Haushalts-Sparquote unter 8 %, 2000 sogar unter 7 %. Je länger eine derart geringe Sparneigung zu beobachten ist, desto wahrscheinlicher wird, dass ihr Normalniveau nachhaltig gesunken ist. Es ist also nicht mehr damit zu rechnen, dass die Haushalte lediglich temporär auf höhere Steuern oder insgesamt mäßigere Einkommensentwicklungen reagiert haben und nur darauf warten, ihre von früher gewohnte Konsumzurückhaltung wieder aufzunehmen. Allerdings dürften die Werte der Jahre 2000/2001 doch Minima darstellen. Bereits heuer steigt die Sparquote wieder leicht an und wird in den Folgejahren auf etwa 7,5% zurückkehren. Nur in den ersten beiden Jahren des Prognosezeitraums, also 2002 und 2003, bleibt die Ausweitung des privaten Konsums hinter den Realeinkommen zurück, und auch in diesen beiden Jahren zu niedrig, um die Sparquote deutlich anzuheben.

Da die dokumentierte Entwicklung zeitlich mit einer Phase der fortschreitenden Integration der österreichischen Wirtschaft in den EU- und zuletzt Euro-Raum sowie einer damit zusammenhängenden Konsolidierung der öffentlichen Haushalte zusammenfällt, bieten sich für eine derart grundlegende und nachhaltige Änderung des Verhaltens der österreichischen Haushalte zwei Erklärungsmodelle an. Erstens

könnte das verbesserte Angebot an Waren und Diensten die Lust am Konsumieren verstärkt haben. Dieser Effekt dürfte eine gewisse Rolle spielen, vermag aber das plötzliche Absinken der Sparquote 1996/97 nicht befriedigend zu erklären. Zweitens könnte es sein, dass die Haushalte nunmehr ein geringeres Motiv zur Vorsorge wahrnehmen. Ein solcher Zuwachs an Vertrauen auf die Zukunft kann durch Konjunkturindikatoren wie eine stabile und im internationalen Vergleich niedrige Arbeitslosenquote verstärkt werden. Wichtiger dürfte freilich die Budgetkonsolidierung sein, die erstmals mit einer von breitem Konsens getragenen langfristigen Zielvorstellung ausgeglichener Bilanzierung verbunden ist. Die Gesundung der öffentlichen Finanzen bedingt die Erwartung einer künftig geringeren Steuerlast und führt zu besseren langfristigen Einkommensperspektiven. Da der Kurs einer Konsolidierung des Staatshaushaltes recht plötzlich eingesetzt hat und weiter beibehalten wird, ist es plausibel, dass dieser Effekt die ebenso plötzliche Rücknahme der Sparquote ausgelöst hat.

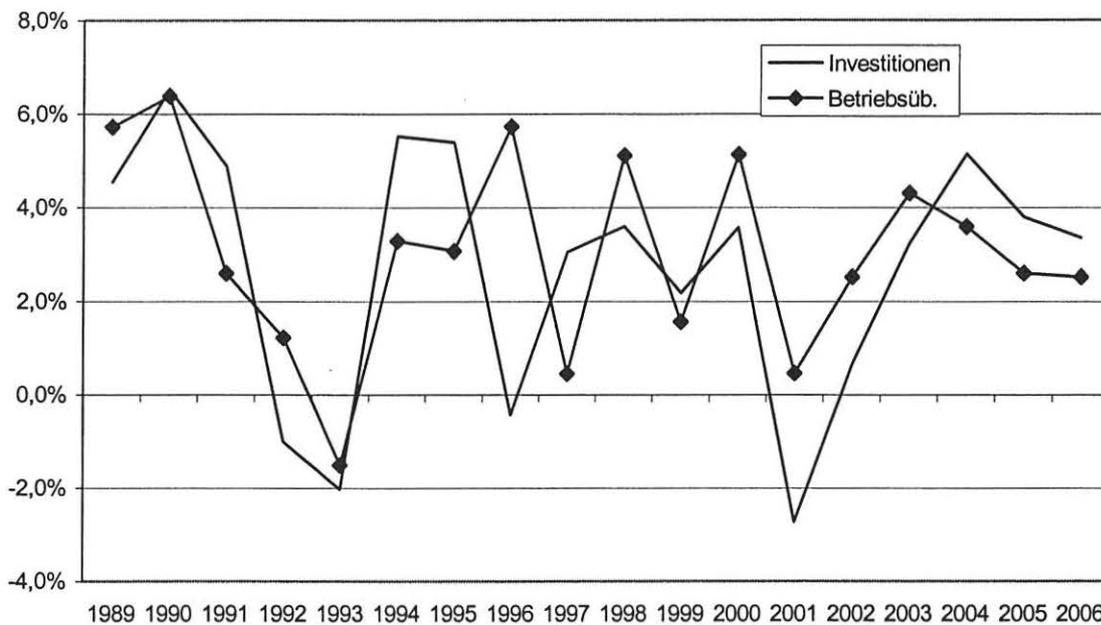
Die **realen Bruttoinvestitionen** insgesamt sind das im Konjunkturverlauf am stärksten schwankende Teilaggregat der Nachfrageseite der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Die Abbildung zeigt die Wachstumsraten der realen Bruttoinvestitionen und des realen Bruttoinlandsproduktes ab dem Jahr 1989 bis zum Ende des Prognosezeitraumes. Aus der Abbildung ist ersichtlich, dass die Wachstumsraten der Investitionen in den konjunkturrell guten Perioden der frühen 90er-Jahre die Wachstumsraten des BIP weitaus stärker übertrafen als gegen Ende der 90er-Jahre. In den Hochkonjunkturjahren 1998 und 2000 lag die Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes kaum noch unter jener der Investitionen; das durchschnittliche Investitionswachstum betrug im Zeitraum 1997 bis 2001 1,9 %. Die Institutsprognose geht davon aus, dass die Tendenz zu einem eher verhaltenen Investitionswachstum ein vorübergehendes Phänomen darstellte, das nicht zuletzt durch die Krise im Bausektor mitverursacht worden war. Noch im heurigen Jahr wird die Schwäche des Investitionswachstums überwunden, sodass im Prognosezeitraum eine durchschnittliche Wachstumsrate der realen Bruttoinvestitionen von 3,2 % erreicht wird.

Wachstumsraten von BIP und Bruttoinvestitionen, real



Die wesentlichen Bestimmungsgründe für das Investitionsverhalten sind die Erwartungen bezüglich der Profitabilität der geplanten Investitionen und die gesamtwirtschaftliche Nachfrage. Als Indikator für die zu erwartenden Gewinne können die Bruttobetriebsüberschüsse herangezogen werden. Nach dem markanten Einbruch im Jahr 2001 wird die positive Konjunkturlage wieder ein kräftiges Wachstum der Bruttobetriebsüberschüsse ermöglichen, das eine stetige Ausweitung der Investitionstätigkeit begünstigen wird.

Wachstumsraten von Betriebsüberschuss und Bruttoinvestitionen, real



Im aktuellen Konjunkturzyklus dürften die **realen Ausrüstungsinvestitionen** ihr höchstes Wachstum im Jahr 2004 mit 8 % erreichen. Dieser Wert bleibt hinter dem außergewöhnlichen Investitionswachstum des Boomjahres 2000 zurück, wird aber bei ungünstigeren Wechselkursbedingungen erreicht. Über den gesamten Prognosezeitraum ergibt dies ein durchschnittliches Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen von 5.1 %.

Bei den **realen Bauinvestitionen** ergibt die Prognose ein durchschnittliches Wachstum von 0.9 %. Dieser Prognose liegt die Einschätzung zu Grunde, dass die kontraktiven Tendenzen im Bausektor weitgehend abgeschlossen sind. Die Rückgänge in der Wohnbautätigkeit werden sich nicht weiter fortsetzen, und die öffentliche Hand setzt Nachfrageimpulse im Bereich der Verkehrsinfrastruktur. Im Gegensatz zu den vergangenen fünf Jahren wird damit im Durchschnitt wieder ein positives Wachstum erzielt; die negativen Wachstumsraten der Vorjahre erreichten im Jahr 2001 mit -1.7 % einen Tiefstand. Auch in anderen westeuropäischen Ländern verzeichnete der Bausektor eine schwache Entwicklung; am ausgeprägtesten dürfte die Schwäche aber in Deutschland und Österreich gewesen sein. In etlichen Ländern wurde die Krise

im Bausektor schon früher als in diesen beiden Ländern überwunden, sodass bereits im zweiten Halbjahr 2001 wieder positive Wachstumsraten im Vorjahresvergleich erreicht werden konnten.

Die Lage der **öffentlichen Haushalte** ist im Prognosezeitraum durch den in der laufenden Legislaturperiode eingeschlagenen Konsolidierungskurs und die Entwicklung der Konjunktur bestimmt. Nachdem der Budgetvollzug des Bundes im Jahr 2001 noch deutlich günstiger als erwartet verlaufen war und dadurch auf der Ebene des Gesamtstaates dank der Überschüsse der Länder bereits ein Jahr früher als geplant ein ausgeglichener Haushalt erreicht werden konnte, erscheint mittlerweile ein solcher für das laufende Jahr nicht mehr realistisch; es ist vielmehr von einem gesamtstaatlichen Defizit von etwa 0.3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts auszugehen.

Das Institut geht davon aus, dass der angepeilte ausgeglichene Haushalt des Gesamtstaates in den nächsten Jahren bei entsprechender Fiskaldisziplin zu erreichen sein wird. Der öffentliche Konsum wird im gesamten Prognosezeitraum nur schwach, um etwa ein halbes Prozent pro Jahr, zunehmen. Ein Spielraum für nennenswerte, über die im Stabilitätsprogramm bereits vorgesehene Lohnnebenkostensenkung hinausgehende steuerliche Entlastungen ist nach derzeitigem Wissensstand allerdings nicht gegeben.

Den derzeit sehr eng gesetzten Grenzen für die österreichische Fiskalpolitik sollte auch bei der Diskussion um eine gegen Ende der laufenden Legislaturperiode anzusetzende Steuerreform Rechnung getragen werden. Es wäre ausgesprochen kontraproduktiv und nicht Ausdruck einer auf Nachhaltigkeit bedachten Budgetpolitik, würde die Bundesregierung der Versuchung nachgeben, vor der Nationalratswahl aus wahltaktischen Gründen eine Steuerreform zu beschließen, deren Finanzierung nicht gesichert ist. Steuerliche Entlastungen sollten nur vorgenommen werden, soweit sie auch finanzierbar sind, damit der neue fiskalpolitische Kurs auch glaubwürdig bleibt.

Dennoch sollte mittelfristig an der Schaffung von Spielräumen gearbeitet werden, die eine Verringerung der Abgabenbelastung ermöglichen. Die Beschleunigung des Konsolidierungskurses musste nicht zuletzt mit einem gegenüber den ursprünglichen Plänen verstärkten Zugriff auf der Einnahmenseite erkaufte werden; mit fast 46 Prozent des Bruttoinlandsprodukts hat die Abgabenquote im Jahr 2001 einen historischen Höchststand erreicht.

Mittelfristig wird die Budgetpolitik daher um strukturelle Weichenstellungen auf der Ausgabenseite nicht herumkommen. Kern muss eine umfassende Organisations- und Finanzierungsreform der öffentlichen Verwaltung sein mit dem Ziel, Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine effizientere Ressourcenverwendung gewährleisten und damit Einsparungspotentiale und Spielräume für eine Steuersenkung eröffnen. Die derzeit unter dem Titel „Verwaltungsreform“ vollzogenen Maßnahmen (die zum Teil sogar nicht unproblematischer Natur waren und insbesondere mit dem Ziel einer nachhaltigen Sanierung des Systems der Alterssicherung argumentativ nur schwer in Einklang zu bringen sind) konnten nur ein erster Schritt sein. Eine auf die Schaffung von Anreizen zum sparsamen Umgang mit öffentlichen Mitteln bedachte Verwaltungsreform muss zudem Hand in Hand mit einer Reform des Finanzausgleichs gehen. Schließlich sind diverse Ausgabenprogramme auch aus sozialpolitischer Hinsicht zu hinterfragen, muss die Frage nach ihrer sozialen Treffsicherheit weiterhin auf der Tagesordnung bleiben. Reformen in diesem Bereich, die dem Prinzip der Verteilungsgerechtigkeit stärker gerecht werden, könnten in nicht

unerheblichem Umfang Mittel freisetzen, die zu einer Senkung der Abgabenquote herangezogen werden könnten. Entscheidender Weichenstellungen bedarf es im Bereich der Pensionsversicherung. Hier muss die bereits in Aussicht genommenen tiefgehenden Strukturreform in Angriff genommen werden, die auf eine Stärkung des Versicherungsprinzips hinauslaufen und damit das effektive Pensionsantrittsalter spürbar anheben sollte.

Die **Lohnprognose** geht davon aus, dass die Lohnverhandlungen den bewährten sozialpartnerschaftlichen Mustern auch in Zukunft folgen. Es wird angenommen, dass die Lohnpolitik weiterhin beschäftigungsfreundlich gestaltet wird und die internationale Wettbewerbsposition Österreichs sichert. Die gesamtwirtschaftlichen Zuwächse der Bruttolohnsumme pro Aktiv-Beschäftigten werden im Durchschnitt des Prognosezeitraums nominell 2.9 % betragen und damit einen halben Prozentpunkt über dem durchschnittlichen Zuwachs der vergangenen fünf Jahre liegen.

Traditionellerweise resultierte die mittelfristige Orientierung der Lohn- und Einkommenspolitik in Österreich in einer parallelen Entwicklung von Reallöhnen und Arbeitsproduktivität. Die zweite Hälfte der 90er Jahre war aber durch ein deutliches Zurückbleiben der Reallöhne hinter dem Produktivitätswachstum gekennzeichnet. Die Lohnprognose unterstellt, dass sich die Lohnpolitik im Prognosezeitraum wiederum an der Relation von Reallohn zu Arbeitsproduktivität orientiert und nicht versucht, die akkumulierten Reallohnlücke zu schließen, was die Beschäftigungsnachfrage nachhaltig dämpfen würde. Auf Grund der gegenwärtig schwierigen Arbeitsmarktlage wird die Reallohnentwicklung zu Beginn noch hinter der Produktivität zurückbleiben, wobei allerdings die verbesserte Nettolohnposition der Arbeitnehmer durch die Lohnnebenkostensenkung berücksichtigt werden sollte. Gegen Ende des Prognosezeitraums entwickeln sich Reallohn und Arbeitsproduktivität gleich schnell.

Die Rohölverteuerung, die Schwäche des Euro und der BSE-Skandal führten in den Vorjahren zu deutlichen Preissteigerungsraten. Im Mai 2001 erreichte die **Inflationsrate** mit 3.4 % ihren Höhepunkt und ist seither wieder rückläufig. Seit Februar dieses Jahres liegt die Inflation knapp unter der 2-Prozent-Marke. Während von den Energiepreisen noch dämpfende Effekte ausgehen, sind Preisauftriebstendenzen in den Bereichen Nahrungsmittel, Bildung und Gesundheit festzustellen. Der durch Sonderfaktoren (Witterung) verursachte Anstieg bei den Nahrungsmittelpreisen schwächt sich in der zweiten Jahreshälfte stark ab, dafür ziehen insbesondere die Dienstleistungspreise an. Insgesamt gesehen ist damit in den nächsten Monaten mit einer weiterhin ruhigen Preisentwicklung zu rechnen. Nach 1.8 % im heurigen Jahr wird auf Grund des Wegfalls der Sondereffekte im Bereich der Nahrungsmittel der Preisauftrieb im Jahr 2003 trotz der Konjunkturverbesserung nur 1.6 % betragen. Für 2004 wird eine Inflationsrate von knapp unter 2 % erwartet. Gegen Ende des Prognosezeitraums wird sich der Preisauftrieb wieder etwas abschwächen. Das Institut nimmt an, dass von Seiten der Wechselkurse wie auch von den Rohstoffpreisen keine preistreibenden Effekte ausgehen und die Geldpolitik der EZB weiterhin auf Preisstabilität abzielt. Der internationale Wettbewerbsdruck und die verhaltene Entwicklung der Lohnstückkosten sollten den Preisauftrieb in Österreich dämpfen.

Nach der - primär konjunkturell verursachten - Verschlechterung der Arbeitsmarktlage im heurigen Jahr zeichnet diese Vorschau für den restlichen Prognosezeitraum ein relativ erfreuliches Bild. Der

Konjunkturaufschwung schlägt sich in steigender Beschäftigungsnachfrage und fallender Arbeitslosigkeit nieder. Die Nachfrage nach Aktiv-Beschäftigten (ohne KindergeldbezieherInnen und Präsenzdienr mit aufrechtem Beschäftigungsverhältnis) wird bis 2005 um 75.000 Personen zunehmen. Der durchschnittliche Anstieg der Beschäftigung liegt damit bei 0.5 %. Die vorliegende Vorschau unterstellt, dass es weiterhin gelingt, die Stille Reserve, insbesondere bei den Frauen, zu mobilisieren. Es wird auch davon ausgegangen, dass die günstige Situation bei der Beschäftigungsnachfrage die Integration von älteren Personen in den Arbeitsmarkt erleichtert.

Insgesamt gesehen hat die Lage am Arbeitsmarkt in jüngster Vergangenheit deutlich auf die Konjunktorentwicklung reagiert. Traditionellerweise lässt sich der österreichische Arbeitsmarkt, neben der hohen Reallohnelastizität, auch durch die hohe zyklische Sensitivität des Arbeitskräfteangebots auf den Konjunkturzyklus charakterisieren. Schwankungen in der Beschäftigungsnachfrage werden zum Großteil durch prozyklische Änderungen im Arbeitsangebot kompensiert. Eine Ursache der hohen Angebotselastizität stellt sicherlich der zyklische Charakter der Arbeitskräftemigration dar. Aber auch an den Rändern der Altersverteilung und bei den Frauen reagiert das Arbeitsangebot relativ stark auf veränderte Beschäftigungschancen. Im Zeitraum 1999 bis 2002 hat sich das Arbeitsangebot jedoch eher anti-zyklisch entwickelt, was einerseits zum kräftigen Rückgang der Arbeitslosenrate bis 2000, aber auch zum deutlichen Wiederanstieg in Rahmen im Konjunkturabschwung beigetragen hat. Für den restlichen Prognosezeitraum wird wieder eine pro-zyklische Entwicklung unterstellt; folglich schlägt sich der Anstieg der Beschäftigungsnachfrage nur teilweise in einem Rückgang der Arbeitslosigkeit nieder. Dies reflektiert aber auch die zunehmende Diskrepanz zwischen angebotenen und nachgefragten Arbeitsqualifikationen.

Laut Modellprognose wird – abgesehen vom Jahr 2002 - im gesamten Prognosezeitraum die Arbeitslosigkeit rückläufig sein. Bis zum Jahr 2006 sollte die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen auf 175.000 Personen zurückgehen. Diese positive Entwicklung wird einerseits durch die relativ kräftige Beschäftigungsnachfrage und den auf Grund der demographischen Situation nur verhaltenen Anstieg des Arbeitskräfteangebots ermöglicht. Die vorliegende Prognose unterstellt, dass die Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik bis zum Ende des Prognosezeitraums ungekürzt aufrecht erhalten werden.

Ausgehend von einer Arbeitslosenquote (nationale Definition) von 6.1 % im Jahr 2001 reduziert sich die Arbeitslosigkeit nach dem kräftigen Anstieg im heurigen Jahr bis zum Ende der Prognoseperiode stetig und erreicht im Jahr 2006 mit 5.1 % ihren Tiefstand. Die Arbeitslosenquote laut Eurostat-Definition wird sich zu Ende des Prognosezeitraums auf 3.4 % belaufen.

Es bestehen weiterhin bedeutsame Anforderungen an die Arbeitsmarktpolitik. Durch ein generelles Anheben des Humankapitalniveaus der Arbeitskräfte sollte der Tendenz zum Auseinanderdriften von Arbeitskräfteangebot und –nachfrage nach Qualifikationsstufen gegengesteuert werden. Der Strukturwandel und die zunehmenden Qualifikationsanforderungen des modernen Arbeitsmarktes lassen die Entwicklung von Strategien zur Förderung des lebenslangen Lernens angeraten erscheinen. Hierbei wäre eine noch stärkere Zusammenarbeit von Akteuren der aktiven Arbeitsmarktpolitik, der Bildungspolitik und der Betriebe wünschenswert. Insbesondere sollte den Tendenzen zu einem neuerlichen Aufbau der

Langzeitarbeitslosigkeit gegengesteuert werden. Neben den damit verbundenen Qualifikationsverlusten könnten sich auch negative makroökonomische Konsequenzen für den Lohnbildungsprozess ergeben. Mittelfristig gesehen impliziert die demographische Entwicklung, dass nur durch eine verstärkte Integration der älteren Arbeitnehmer die Nachfrage nach Beschäftigten abgedeckt werden kann. Erforderlich sind aber auch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, die auf eine Erhöhung der Partizipationsquote der Frauen abstellen. Letztlich wird auch die EU-Osterweiterung Konsequenzen für den österreichischen Arbeitsmarkt mit sich bringen. Weitere Aktivitäten zur Erleichterung, Beschleunigung, aber auch sozialverträglichen Gestaltung von Reallokationsprozessen am Arbeitsmarkt sind daher wünschenswert. Durch Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik sollten negative Folgen für wenig qualifizierte heimische Arbeitskräfte abgefedert werden.

5. Monetäre Prognose

Trotz verhaltener Konjunktur hat sich das Geldmengenwachstum im Euroraum seit dem zweiten Halbjahr 2001 deutlich beschleunigt. Die Unsicherheiten auf den Finanz(Aktien-)märkten, insbesondere nach dem 11. September, führten zu umfangreichen Portfolioumschichtungen in kurzfristige und liquide Anlageformen, die in M3 enthalten sind. Marktfähige Finanzinstrumente, die meist höher verzinst sind als Bankeinlagen, eignen sich sehr gut zum Parken von Geldern. Auch die auf Grund des niedrigen Zinsniveaus geringen Opportunitätskosten bzw. die flache Zinsstruktur stützten diese Entwicklung. Im ersten Halbjahr 2002 wurden diese Portfolioumschichtungen nur teilweise rückgängig gemacht. Zusätzlich hat die langsam einsetzende Konjunkturbelebung mit dem damit verbundenen gestiegenen Transaktionsbedarf wieder zu höheren Wachstumsraten von M1 geführt.

Das anhaltend hohe, mit rund 3 Prozentpunkten deutlich über dem Referenzwert (4 ½ %) liegende M3-Wachstum stellt mittelfristig ein Potential für Inflationsrisiken dar. Insbesondere zeigt die auf Basis des Referenzwertes errechnete Geldlücke (real wie nominell), dass im Euroraum Überschussliquidität vorhanden ist. Kurzfristig können Faktoren wie die Euro-Aufwertung dämpfend auf die Inflationsrate wirken und geldpolitische Maßnahmen zeitlich hinausschieben. Das Institut erwartet jedoch, dass das primär der Preisstabilität verpflichtete ESZB noch heuer den ersten Zinsschritt setzen wird: Neben der monetären Entwicklung wird sich auch die wirtschaftliche Aktivität im Jahresverlauf beschleunigen. Ein rechtzeitiges Handeln – auch in Hinblick auf die kräftigen Löhnerhöhungen in Deutschland und Spanien – könnte dem Aufkommen steigender Inflationserwartungen entgegenwirken und auf die langfristigen Kapitalmarktzinsen dämpfend wirken. Im Prognosezeitraum werden daher in der Einschätzung des Institutes die Leitzinsen des Eurosystems im Durchschnitt um knapp einen Prozentpunkt über den aktuellen Sätzen (Mindestbietungssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte 3.25 %) liegen.

Das in den letzten Jahren im Euroraum hohe Kreditwachstum hat sich einerseits durch das Auslaufen von Sondereffekten (Finanzierung von UMTS-Lizenzen, Fusions- und Übernahmeaktivitäten), andererseits durch den Konjunkturabschwung deutlich abgeschwächt. Parallel zur konjunkturellen Erholung dürfte auch bei der Kreditnachfrage die Talsohle erreicht worden sein, Anzeichen einer primär im Zusammenhang mit den ab 2006 geltenden neuen Eigenkapitalrichtlinien (Basel II) generellen Kreditverknappung sind nicht zu erkennen. Das steht jedoch nicht im Widerspruch zum Versuch seitens der Kreditinstitute, höhere Margen durchzusetzen und/oder durch höhere Bonitätsansprüche Ausfallrisiken zu verkleinern. Für Österreich erwartet das Institut eine ähnliche Entwicklung, der Konjunkturerfolg dürfte einen allfälligen „Basel II“-Effekt beim Kreditwachstum dominieren. Basel II dürfte jedoch auch österreichischen Unternehmen Anlass bieten, ihre bankkreditdominierten Finanzierungsstrategien zu überdenken. Von den derzeit 33 an der Wiener Börse notierten Unternehmensanleihen wurden bereits im ersten Halbjahr 2002 12 neu zugelassen, die ein Volumen von 1.009 Mio. Euro repräsentieren – das ist deutlich mehr als im bisherigen Rekordjahr 2001 mit 10 Neuzulassungen und einem Volumen von 681 Mio. Euro.

Während die Kursentwicklung an den Aktienmärkten für geldpolitische Entscheidungen des Eurosystems keine aktive Rolle spielt, scheint dies in der Geldpolitik des Federal Reserve System eher der Fall zu sein.

Im Gegensatz zum in Europa vorherrschenden bankorientierten Finanzmarktssystem könnten im marktorientierten System in den USA die Aktienmärkte eine stärkere Bedeutung bzw. Wechselwirkung mit anderen Märkten haben. Für die Konjunkturanalyse stellen sich dann zwei Fragen: Sind die US-amerikanischen Börsen (noch) überbewertet? Wie bedeutsam ist der Vermögenseffekt für das Konsumverhalten?

Gemessen am S&P500 haben sich die Kurse zwischen Dezember 1990 und Dezember 1999 mehr als vervierfacht, ehe seit April 2000 – ausgehend von den Technologiewerten - teilweise kräftige Kurskorrekturen zu verzeichnen waren. Trotzdem ist das Kurs/Gewinn-Verhältnis mit knapp unter 40 im langjährigen Vergleich extrem hoch – was allerdings nicht notwendigerweise eine Überbewertung impliziert. Basierend auf der sogenannten Gordon-Gleichung lässt sich das „gleichgewichtige“ Kurs/Gewinn-Verhältnis folgendermaßen ausdrücken:

$$\frac{P_t}{E_t} = \frac{\delta(1+g)}{i+\rho-g}$$

wobei P den Aktienkurs, E die Gewinne, D die Dividende (als fixer Anteil an den Gewinnen $D = \delta \cdot E$), g die Wachstumsrate der Gewinne, i den risikofreien Zinssatz und ρ die Risikoprämie auf Aktien bezeichnet. Durch Einsetzen von historischen bzw. aktuellen Werten für die Variablen in obiger Beziehung und dem Vergleich mit aktuellen bzw. impliziten Werten kann diskutiert werden, ob diese Werte „plausible“ sind. Eine hohe Kursbewertung kann etwa dann plausibel sein, wenn im Vergleich zu historischen Werten eine Reduktion in der Aktien-Risikoprämie, ein niedrigerer risikofreier Zinssatz und ein langfristiges Gewinnwachstum, welches über dem Wachstum des Potentialoutputs liegt, unterstellt werden.

Vor diesem Hintergrund erachtet das Institut das gegenwärtige Kurs/Gewinn-Verhältnis nach wie vor für hoch. Eine weitere (reale) Kurskorrektur, die sich weniger abrupt in einem Crash, sondern in (nominell) tendenziell stagnierenden Kursen zeigt, erscheint nicht unwahrscheinlich. Bei letzterem Szenario fielen die konjunkturellen Auswirkungen sehr moderat aus.

Die Bedeutung der Aktienkursentwicklung könnte auch aus einem anderen Grund in der Konjunkturanalyse überschätzt sein. Der Hinweis auf die Bedeutung des Vermögenseffekts im Konsumverhalten – kräftige Kursverluste würden zu einem deutlichen Konsumrückgang in breiten Bevölkerungskreisen führen – sollte genauer als bloß auf der aggregierten, gesamtwirtschaftlichen Ebene betrachtet werden: Die Hälfte der amerikanischen Haushalte verfügt über keine, weitere 30 % über so wenige Aktien, dass deren Wertsteigerung keinen deutlichen Einfluss auf deren Finanzlage hat. Dagegen sind 96 % aller Stammaktien bei dem Fünftel der Haushalte mit dem höchsten Einkommen konzentriert, das einkommensstärkste Prozent besitzt fast die Hälfte aller Aktien. Eine Studie der amerikanischen Notenbank (2001) zeigt, dass in den neunziger Jahren die „reichsten“ Amerikaner vom Börsenboom profitiert und einen Teil ihrer Aktien „verkonsumiert“ haben. Das am Einkommen gemessene oberste Fünftel der amerikanischen Haushalte tätigte fast 46 % der privaten Konsumausgaben, seine Sparquote ist seit 1992 um über 10 Prozentpunkte gesunken (und bereits negativ). Die Sparquote der vom Vermögenseffekt nicht profitierenden unteren Einkommensschichten hat sich in den neunziger Jahren hingegen sogar erhöht.

TAB. 1/1 : INDIKATOREN DER OESTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT (ABSOLUT UND VERÄNDERUNG GEGENÜBER VORJAHR)

		1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
GDP	BIP ZU MARKTPREISEN REAL (MRD. €)	178,536 1,6%	184,823 3,5%	190,011 2,8%	195,634 3,0%	197,523 1,0%	200,427 1,5%	205,430 2,5%	211,064 2,7%	216,013 2,3%	220,865 2,2%
GDP\$	BIP ZU MARKTPREISEN NOM. (MRD. €)	182,486 2,5%	189,937 4,1%	196,658 3,5%	204,842 4,2%	210,161 2,6%	216,392 3,0%	224,909 3,9%	234,822 4,4%	243,350 3,6%	251,824 3,5%
PGDP	DEFLATOR DES BIP (1995=100)	102,212 0,9%	102,767 0,5%	103,498 0,7%	104,707 1,2%	106,398 1,6%	107,966 1,5%	109,482 1,4%	111,256 1,6%	112,655 1,3%	114,017 1,2%
PLC	VERBRAUCHERPREISINDEX (1986=100)	132,511 1,3%	133,732 0,9%	134,484 0,6%	137,624 2,3%	141,340 2,7%	143,842 1,8%	146,143 1,6%	148,920 1,9%	151,302 1,6%	153,572 1,5%
YWGLEA	ARBEITNEHMER-ENTGELT JE AKTIV-BESCHAEFTIGTEN	32,356 1,6%	33,228 2,7%	34,031 2,4%	34,906 2,6%	36,012 3,2%	36,876 2,4%	37,724 2,3%	39,007 3,4%	40,255 3,2%	41,463 3,0%
LEA	UNSELBSTAENDIG AKTIV- BESCHAEFTIGTE IN 1000 PERSONEN	2968,506 0,4%	2998,307 1,0%	3035,535 1,2%	3064,459 1,0%	3078,106 0,4%	3076,874 0,0%	3098,413 0,7%	3120,101 0,7%	3136,950 0,5%	3153,890 0,5%
UR	ARBEITSLOSENRATE NAT.DEF. ABSOLUTE DIFFERENZEN	7,095 0,063	7,174 0,079	6,660 -0,515	5,839 -0,821	6,082 0,244	6,813 0,730	6,474 -0,339	5,894 -0,580	5,470 -0,423	5,106 -0,364
BPC	LEISTUNGSBILANZ (MRD. €) ABSOLUTE DIFFERENZEN	-5,758 -1,578	-4,685 1,073	-6,330 -1,645	-5,041 1,289	-4,570 0,471	-4,352 0,218	-3,851 0,502	-3,934 -0,084	-3,979 -0,044	-3,820 0,159

TAB. 1/2 : WACHSTUMSBEITRAEGE DER REALEN ENDNACHFRAGEKOMponentEN (IN PROZENTPUNKTEN)

		1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Var1	PRIVATER KONSUM	1,151	1,514	1,512	1,383	0,712	0,818	1,168	1,359	1,248	1,139
Var2	EIGENKONSUM NON-PROFIT	-0,207	0,050	0,033	0,026	0,020	0,022	0,035	0,041	0,035	0,035
Var3	OEFFENTLICHER KONSUM	-0,299	0,543	0,427	0,167	0,138	0,095	0,094	0,184	0,091	0,089
Var4	INVESTITIONEN	0,725	0,865	0,527	0,856	-0,657	0,152	0,745	1,194	0,902	0,806
Var5	AUSRUESTUNGEN	0,606	0,627	0,434	1,134	-0,425	0,158	0,527	0,863	0,680	0,587
Var6	BAUTEN	-0,140	0,178	-0,088	0,041	-0,212	-0,183	0,118	0,233	0,174	0,172
Var7	STATISTISCHE DIFFERENZ	0,186	-0,240	0,335	0,029	-0,040	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000
Var8	EXPORTE I.W.S.	4,692	3,298	3,823	5,639	2,257	1,913	3,341	3,753	3,123	3,225
Var9	WAREN	4,096	2,358	2,366	4,254	1,842	1,306	2,555	2,897	2,425	2,511
Var10	DIENSTLEISTUNGEN	0,019	0,970	0,274	0,823	0,674	0,499	0,620	0,668	0,544	0,557
Var11	IMPORTE I.W.S.	-4,655	-2,509	-3,850	-5,143	-1,462	-1,531	-2,887	-3,789	-3,052	-3,047
Var12	WAREN	-2,723	-2,276	-2,241	-3,508	-0,776	-1,064	-2,268	-2,949	-2,352	-2,331
Var13	DIENSTLEISTUNGEN	-0,149	-0,077	0,006	-0,697	-0,301	-0,294	-0,326	-0,420	-0,372	-0,379
GDP	BRUTTO-INLANDSPRODUKT	1,594	3,521	2,807	2,959	0,966	1,470	2,496	2,742	2,345	2,246

TAB. 1/3 : INDIKATOREN DER OESTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT

		1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Var1	INVESTITIONSQUOTE	24,074	24,091	23,946	24,089	23,208	23,022	23,188	23,731	24,068	24,327
	ABSOLUTE DIFFERENZEN	0,341	0,017	-0,145	0,144	-0,881	-0,186	0,166	0,543	0,337	0,259
UREU	ARBEITSLOSENRATE EU DEF.	4,4	4,5	4,0	3,7	3,6	4,0	3,9	3,8	3,6	3,4
	ABSOLUTE DIFFERENZEN	0,0	0,1	-0,5	-0,3	-0,1	0,4	-0,1	-0,1	-0,2	-0,2
Var4	REALZINSSATZ	4,794	4,117	3,989	4,212	3,345	3,807	4,195	3,979	4,343	4,391
	ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0,212	-0,677	-0,129	0,223	-0,867	0,462	0,388	-0,216	0,364	0,048
Var5	REALLOEHNE, BRUTTO JE AKTIV BESCH.	31,265 0,1%	31,951 2,2%	32,490 1,7%	32,822 1,0%	33,086 0,8%	33,307 0,7%	33,570 0,8%	34,097 1,6%	34,668 1,7%	35,216 1,6%
	PRLEA	6,014 1,2%	6,164 2,5%	6,260 1,5%	6,384 2,0%	6,417 0,5%	6,514 1,5%	6,630 1,8%	6,765 2,0%	6,886 1,8%	7,003 1,7%
Var6	FINANZIERUNGSSALDO VGR IN PROZENT DES BIP	-1,9	-2,4	-2,2	-1,5	0,1	-0,3	0,0	0,0	0,0	0,0
	ABSOLUTE DIFFERENZEN	2,0	-0,5	0,2	0,7	1,5	-0,4	0,3	0,0	0,0	0,0

TAB. 2 : KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

		1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
C\$	PRIVATER KONSUM	101,663 3,6%	104,971 3,3%	108,651 3,5%	113,113 4,1%	117,281 3,7%	121,087 3,2%	125,534 3,7%	130,988 4,3%	136,011 3,8%	140,811 3,5%
CNP\$	EIGENKONSUM NON-PROFIT	3,380 -8,5%	3,503 3,6%	3,619 3,3%	3,720 2,8%	3,825 2,8%	3,943 3,1%	4,094 3,8%	4,264 4,1%	4,410 3,4%	4,561 3,4%
CP\$	OEFFENTLICHER KONSUM	35,906 -0,6%	37,248 3,7%	38,671 3,8%	39,739 2,8%	40,928 3,0%	41,626 1,7%	42,587 2,3%	43,787 2,8%	44,666 2,0%	45,563 2,0%
IF\$	BRUTTO INVESTITIONEN	44,122 4,6%	46,037 4,3%	47,364 2,9%	49,484 4,5%	48,580 -1,8%	49,254 1,4%	51,210 4,0%	54,533 6,5%	57,057 4,6%	59,474 4,2%
IFE\$	AUSRUESTUNGS- INVESTITIONEN	17,423 6,2%	18,542 6,4%	19,587 5,6%	21,874 11,7%	21,027 -3,9%	21,343 1,5%	22,466 5,3%	24,506 9,1%	26,028 6,2%	27,411 5,3%
IFC\$	BAUINVESTITIONEN	25,551 1,8%	26,241 2,7%	26,230 0,0%	26,641 1,6%	26,598 -0,2%	26,513 -0,3%	27,100 2,2%	28,125 3,8%	28,975 3,0%	29,851 3,0%
DIF\$	STATISTISCHE DIFFERENZ ABSOLUTE DIFFERENZEN	0,238 0,317	-0,687 -0,925	0,050 0,737	0,746 0,696	0,435 -0,311	0,435 0,000	0,435 0,000	0,435 0,000	0,435 0,000	0,435 0,000
VD\$	INLANDSNACHFRAGE	185,308 2,9%	191,072 3,1%	198,356 3,8%	206,801 4,3%	211,048 2,1%	216,344 2,5%	223,860 3,5%	234,006 4,5%	242,578 3,7%	250,843 3,4%
X\$	EXPORTE I.W.S.	76,367 13,2%	82,681 8,3%	89,629 8,4%	102,690 14,6%	109,009 6,2%	113,919 4,5%	122,239 7,3%	132,273 8,2%	140,360 6,1%	148,957 6,1%
M\$	IMPORTE I.W.S.	79,189 14,0%	83,816 5,8%	91,327 9,0%	104,649 14,6%	109,896 5,0%	113,871 3,6%	121,190 6,4%	131,457 8,5%	139,589 6,2%	147,977 6,0%
GDP\$	B I P ZU MARKTPREISEN	182,486 2,5%	189,937 4,1%	196,658 3,5%	204,842 4,2%	210,161 2,6%	216,392 3,0%	224,909 3,9%	234,822 4,4%	243,350 3,6%	251,824 3,5%

TAB. 3 : KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € ZU PREISEN VON 1995)

		1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
C	PRIVATER KONSUM	98,235 2,1%	100,938 2,8%	103,732 2,8%	106,361 2,5%	107,753 1,3%	109,369 1,5%	111,710 2,1%	114,502 2,5%	117,136 2,3%	119,596 2,1%
CNP	EIGENKONSUM NON-PROFIT	3,265 -10,0%	3,354 2,7%	3,415 1,8%	3,465 1,5%	3,504 1,1%	3,547 1,3%	3,618 2,0%	3,702 2,3%	3,776 2,0%	3,851 2,0%
CP	OEFFENTLICHER KONSUM	35,108 -1,5%	36,077 2,8%	36,867 2,2%	37,185 0,9%	37,454 0,7%	37,641 0,5%	37,830 0,5%	38,208 1,0%	38,399 0,5%	38,591 0,5%
IF	BRUTTO INVESTITIONEN	42,981 3,1%	44,526 3,6%	45,499 2,2%	47,127 3,6%	45,841 -2,7%	46,141 0,7%	47,634 3,2%	50,087 5,1%	51,990 3,8%	53,730 3,3%
IFE	AUSRUESTUNGS- INVESTITIONEN	17,548 6,5%	18,668 6,4%	19,471 4,3%	21,626 11,1%	20,795 -3,8%	21,107 1,5%	22,163 5,0%	23,936 8,0%	25,372 6,0%	26,641 5,0%
IFC	BAUINVESTITIONEN	24,276 -1,0%	24,594 1,3%	24,430 -0,7%	24,509 0,3%	24,095 -1,7%	23,733 -1,5%	23,971 1,0%	24,450 2,0%	24,817 1,5%	25,189 1,5%
DIF	STATISTISCHE DIFFERENZ ABSOLUTE DIFFERENZEN	0,144 0,326	-0,285 -0,429	0,334 0,620	0,389 0,055	0,310 -0,079	0,310 0,000	0,310 0,000	0,310 0,000	0,310 0,000	0,310 0,000
VD	INLANDSNACHFRAGE	179,732 1,5%	184,610 2,7%	189,848 2,8%	194,527 2,5%	194,862 0,2%	197,010 1,1%	201,102 2,1%	206,809 2,8%	211,610 2,3%	216,079 2,1%
X	EXPORTE I.W.S.	74,982 12,4%	80,870 7,9%	87,936 8,7%	98,651 12,2%	103,066 4,5%	106,845 3,7%	113,542 6,3%	121,252 6,8%	127,843 5,4%	134,809 5,4%
M	IMPORTE I.W.S.	76,178 12,0%	80,656 5,9%	87,773 8,8%	97,544 11,1%	100,405 2,9%	103,429 3,0%	109,214 5,6%	116,998 7,1%	123,440 5,5%	130,023 5,3%
GDP	B I P ZU MARKTPREISEN	178,536 1,6%	184,823 3,5%	190,011 2,8%	195,634 3,0%	197,523 1,0%	200,427 1,5%	205,430 2,5%	211,064 2,7%	216,013 2,3%	220,865 2,2%

TAB. 4 : PREISINDIZES (1995 = 100)

		1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
PC	PRIVATER KONSUM	103,490 1,5%	103,995 0,5%	104,742 0,7%	106,348 1,5%	108,842 2,3%	110,714 1,7%	112,375 1,5%	114,398 1,8%	116,114 1,5%	117,739 1,4%
PCP	OEFFENTLICHER KONSUM	102,272 0,9%	103,246 1,0%	104,894 1,6%	106,869 1,9%	109,274 2,3%	110,585 1,2%	112,576 1,8%	114,602 1,8%	116,321 1,5%	118,066 1,5%
PIF	BRUTTO INVESTITIONEN	102,656 1,5%	103,393 0,7%	104,099 0,7%	105,001 0,9%	105,975 0,9%	106,745 0,7%	107,508 0,7%	108,876 1,3%	109,747 0,8%	110,689 0,9%
PIFE	AUSRUESTUNGS- INVESTITIONEN	99,287 -0,3%	99,322 0,0%	100,597 1,3%	101,145 0,5%	101,115 0,0%	101,115 0,0%	101,367 0,3%	102,381 1,0%	102,586 0,2%	102,894 0,3%
PIFC	BAUINVESTITIONEN	105,252 2,8%	106,699 1,4%	107,367 0,6%	108,700 1,2%	110,389 1,6%	111,713 1,2%	113,054 1,2%	115,032 1,8%	116,758 1,5%	118,509 1,5%
PVD	INLANDSNACHFRAGE	103,103 1,4%	103,500 0,4%	104,481 0,9%	106,310 1,7%	108,307 1,9%	109,814 1,4%	111,317 1,4%	113,151 1,6%	114,634 1,3%	116,089 1,3%
PX	EXPORTE I.W.S.	101,847 0,8%	102,239 0,4%	101,925 -0,3%	104,094 2,1%	105,766 1,6%	106,620 0,8%	107,659 1,0%	109,089 1,3%	109,791 0,6%	110,495 0,6%
PM	IMPORTE I.W.S.	103,954 1,8%	103,917 0,0%	104,049 0,1%	107,283 3,1%	109,453 2,0%	110,097 0,6%	110,965 0,8%	112,359 1,3%	113,082 0,6%	113,808 0,6%
PGDP	B I P ZU MARKTPREISEN	102,212 0,9%	102,767 0,5%	103,498 0,7%	104,707 1,2%	106,398 1,6%	107,966 1,5%	109,482 1,4%	111,256 1,6%	112,655 1,3%	114,017 1,2%

TAB. 5 : EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

		1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
XG\$	WARENEXPORTE	52,038 16,6%	56,413 8,4%	60,504 7,3%	70,187 16,0%	74,913 6,7%	77,998 4,1%	84,005 7,7%	91,389 8,8%	97,260 6,4%	103,508 6,4%
XSO\$	EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	10,032 5,6%	11,702 16,6%	12,083 3,3%	13,816 14,3%	15,284 10,6%	16,361 7,0%	17,812 8,9%	19,393 8,9%	20,787 7,2%	22,281 7,2%
XST\$	REISEVERKEHR	9,744 -0,9%	10,058 3,2%	10,354 2,9%	10,749 3,8%	11,293 5,1%	11,778 4,3%	12,224 3,8%	12,780 4,6%	13,218 3,4%	13,671 3,4%
XADJ\$	EXPORTE ADJUSTMENT	4,553 29,6%	4,507 -1,0%	6,687 48,4%	7,938 18,7%	7,518 -5,3%	7,783 3,5%	8,198 5,3%	8,711 6,3%	9,096 4,4%	9,498 4,4%
X\$	EXPORTE I.W.S.	76,367 13,2%	82,681 8,3%	89,629 8,4%	102,690 14,6%	109,009 6,2%	113,919 4,5%	122,239 7,3%	132,273 8,2%	140,360 6,1%	148,957 6,1%
MG\$	WARENIMPORTE	55,502 11,2%	59,412 7,0%	63,596 7,0%	72,887 14,6%	75,939 4,2%	78,374 3,2%	83,728 6,8%	91,426 9,2%	97,300 6,4%	103,296 6,2%
MSO\$	IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	8,935 4,4%	9,795 9,6%	9,994 2,0%	11,230 12,4%	11,780 4,9%	12,436 5,6%	13,166 5,9%	14,207 7,9%	15,186 6,9%	16,232 6,9%
MST\$	REISEVERKEHR	8,956 5,6%	8,556 -4,5%	8,623 0,8%	9,210 6,8%	9,915 7,7%	10,407 5,0%	10,902 4,8%	11,320 3,8%	11,778 4,0%	12,253 4,0%
MADJ\$	IMPORTE ADJUSTMENT	5,796 130,0%	6,052 4,4%	9,113 50,6%	11,322 24,2%	12,262 8,3%	12,655 3,2%	13,394 5,8%	14,503 8,3%	15,326 5,7%	16,195 5,7%
M\$	IMPORTE I.W.S.	79,189 14,0%	83,816 5,8%	91,327 9,0%	104,649 14,6%	109,896 5,0%	113,871 3,6%	121,190 6,4%	131,457 8,5%	139,589 6,2%	147,977 6,0%

TAB. 6 : EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € ZU PREISEN 1995)

		1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
XG	WARENEXPORTE	51,370 16,3%	55,580 8,2%	59,953 7,9%	68,037 13,5%	71,640 5,3%	74,219 3,6%	79,340 6,9%	85,290 7,5%	90,408 6,0%	95,832 6,0%
XSO	EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	9,721 2,9%	11,252 15,8%	11,552 2,7%	12,985 12,4%	14,035 8,1%	14,764 5,2%	15,798 7,0%	16,904 7,0%	17,833 5,5%	18,814 5,5%
XST	REISEVERKEHR	9,397 -2,5%	9,598 2,1%	9,805 2,2%	9,935 1,3%	10,203 2,7%	10,458 2,5%	10,668 2,0%	10,934 2,5%	11,153 2,0%	11,376 2,0%
XADJ	EXPORTE ADJUSTMENT	4,494 29,2%	4,441 -1,2%	6,627 49,2%	7,695 16,1%	7,188 -6,6%	7,404 3,0%	7,737 4,5%	8,124 5,0%	8,449 4,0%	8,787 4,0%
X	EXPORTE I.W.S.	74,982 12,4%	80,870 7,9%	87,936 8,7%	98,651 12,2%	103,066 4,5%	106,845 3,7%	113,542 6,3%	121,252 6,8%	127,843 5,4%	134,809 5,4%
MG	WARENIMPORTE	53,651 9,8%	57,715 7,6%	61,858 7,2%	68,524 10,8%	70,042 2,2%	72,143 3,0%	76,689 6,3%	82,747 7,9%	87,712 6,0%	92,746 5,7%
MSO	IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	8,608 2,9%	9,347 8,6%	9,446 1,1%	10,436 10,5%	10,635 1,9%	11,008 3,5%	11,448 4,0%	12,135 6,0%	12,742 5,0%	13,379 5,0%
MST	REISEVERKEHR	8,316 0,2%	7,715 -7,2%	7,604 -1,4%	7,939 4,4%	8,329 4,9%	8,537 2,5%	8,750 2,5%	8,925 2,0%	9,104 2,0%	9,286 2,0%
MADJ	IMPORTE ADJUSTMENT	5,602 127,0%	5,879 4,9%	8,864 50,8%	10,644 20,1%	11,398 7,1%	11,740 3,0%	12,327 5,0%	13,190 7,0%	13,883 5,3%	14,612 5,3%
M	IMPORTE I.W.S.	76,178 12,0%	80,656 5,9%	87,773 8,8%	97,544 11,1%	100,405 2,9%	103,429 3,0%	109,214 5,6%	116,998 7,1%	123,440 5,5%	130,023 5,3%

TAB. 7 : EXPORT- UND IMPORTPREISINDIZES LT VGR (1995 = 100)

		1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
PXG	WARENEXPORTE	101,300 0,3%	101,500 0,2%	100,920 -0,6%	103,160 2,2%	104,569 1,4%	105,092 0,5%	105,880 0,8%	107,150 1,2%	107,579 0,4%	108,009 0,4%
PXSO	EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	103,200 2,6%	104,000 0,8%	104,600 0,6%	106,400 1,7%	108,906 2,4%	110,812 1,8%	112,751 1,8%	114,724 1,8%	116,560 1,6%	118,425 1,6%
PXST	REISEVERKEHR	103,700 1,7%	104,800 1,1%	105,600 0,8%	108,200 2,5%	110,681 2,3%	112,618 1,8%	114,589 1,8%	116,881 2,0%	118,517 1,4%	120,176 1,4%
PX	EXPORTE I.W.S.	101,847 0,8%	102,239 0,4%	101,925 -0,3%	104,094 2,1%	105,766 1,6%	106,620 0,8%	107,659 1,0%	109,089 1,3%	109,791 0,6%	110,495 0,6%
PMG	WARENIMPORTE	103,450 1,3%	102,940 -0,5%	102,810 -0,1%	106,367 3,5%	108,419 1,9%	108,636 0,2%	109,179 0,5%	110,489 1,2%	110,931 0,4%	111,375 0,4%
PMSO	IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	103,800 1,5%	104,800 1,0%	105,800 1,0%	107,600 1,7%	110,759 2,9%	112,974 2,0%	115,007 1,8%	117,078 1,8%	119,185 1,8%	121,330 1,8%
PMST	REISEVERKEHR	107,700 5,4%	110,900 3,0%	113,400 2,3%	116,000 2,3%	119,049 2,6%	121,907 2,4%	124,589 2,2%	126,831 1,8%	129,368 2,0%	131,955 2,0%
PM	IMPORTE I.W.S.	103,954 1,8%	103,917 0,0%	104,049 0,1%	107,283 3,1%	109,453 2,0%	110,097 0,5%	110,965 0,8%	112,359 1,3%	113,082 0,6%	113,808 0,6%
Var1	PX/PM*100 TERMS OF TRADE, GESAMT	97,974 -1,0%	98,386 0,4%	97,959 -0,4%	97,028 -1,0%	96,632 -0,4%	96,843 0,2%	97,021 0,2%	97,090 0,1%	97,089 0,0%	97,088 0,0%
Var2	PXG/PMG*100 TERMS OF TRADE, GUETER	97,922 -1,0%	98,601 0,7%	98,162 -0,4%	96,985 -1,2%	96,449 -0,6%	96,738 0,3%	96,978 0,2%	96,978 0,0%	96,978 0,0%	96,978 0,0%

TAB. 8 : LEISTUNGSBILANZ LT. OeNB (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

		1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
BPG	SALDO GUETER	-3,778	-3,289	-3,377	-2,989	-1,280	-0,576	-0,223	-0,338	-0,340	-0,189
	ABSOLUTE DIFFERENZEN	1,821	0,488	-0,088	0,388	1,709	0,704	0,353	-0,115	-0,002	0,151
BPST	SALDO REISEVERKEHR	0,788	1,502	1,731	1,536	1,374	1,371	1,322	1,460	1,441	1,418
	ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0,566	0,714	0,228	-0,195	-0,162	-0,003	-0,049	0,138	-0,019	-0,023
BPSO	SALDO SONST. DIENSTE	0,087	0,619	-0,083	0,224	-0,283	-0,747	-0,350	-0,407	-0,329	-0,249
	ABSOLUTE DIFFERENZEN	-2,060	0,533	-0,702	0,307	-0,507	-0,464	0,398	-0,057	0,077	0,080
BPOP	SALDO EINKOMMEN	-1,349	-1,779	-2,698	-2,364	-3,011	-3,100	-3,300	-3,300	-3,350	-3,400
	ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0,635	-0,430	-0,919	0,334	-0,647	-0,089	-0,200	0,000	-0,050	-0,050
BPTR	SALDO TRANSFERS	-1,506	-1,738	-1,902	-1,448	-1,370	-1,300	-1,300	-1,350	-1,400	-1,400
	ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0,138	-0,232	-0,165	0,454	0,078	0,070	0,000	-0,050	-0,050	0,000
BPC	LEISTUNGSBILANZ	-5,758	-4,685	-6,330	-5,041	-4,570	-4,352	-3,851	-3,934	-3,979	-3,820
	ABSOLUTE DIFFERENZEN	-1,578	1,073	-1,645	1,289	0,471	0,218	0,502	-0,084	-0,044	0,159

TAB. 9 : AUSSENHANDELSVERFLECHTUNG OESTERREICHS (PROZENT BZW. PROZENTPUNKTE)

		1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Var1	IMPORTQUOTE, GESAMT	43,395	44,128	46,440	51,087	52,291	52,623	53,884	55,982	57,361	58,762
	ABSOLUTE DIFFERENZEN	4,388	0,733	2,311	4,648	1,204	0,332	1,261	2,098	1,380	1,401
Var2	IMPORTQUOTE, GUETER	30,414	31,280	32,338	35,582	36,134	36,218	37,227	38,934	39,983	41,019
	ABSOLUTE DIFFERENZEN	2,392	0,866	1,059	3,244	0,551	0,085	1,009	1,707	1,049	1,036
Var3	EXPORTQUOTE, GESAMT	41,848	43,531	45,576	50,131	51,869	52,645	54,350	56,329	57,678	59,151
	ABSOLUTE DIFFERENZEN	3,958	1,682	2,045	4,555	1,738	0,776	1,706	1,979	1,349	1,473
Var4	EXPORTQUOTE, GUETER	28,516	29,701	30,766	34,264	35,645	36,045	37,351	38,918	39,967	41,103
	ABSOLUTE DIFFERENZEN	3,458	1,185	1,065	3,497	1,382	0,399	1,306	1,568	1,049	1,136
Var5	LEISTUNGSBILANZQUOTE	-3,155	-2,466	-3,219	-2,461	-2,175	-2,011	-1,712	-1,675	-1,635	-1,517
	ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0,808	0,689	-0,752	0,758	0,286	0,163	0,299	0,037	0,040	0,118

TAB. 10 : ARBEITSMARKT (1000 PERSONEN BZW. PROZENT)

		1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
POPWAT	ERWERBSFAEHIGE BEVOELKERUNG	5254,500 0,3%	5266,200 0,2%	5275,300 0,2%	5279,100 0,1%	5284,200 0,1%	5292,500 0,2%	5303,000 0,2%	5304,851 0,0%	5304,097 0,0%	5307,485 0,1%
TLFPR	ERWERBSQUOTE	69,613 0,0%	69,962 0,5%	70,148 0,3%	70,104 -0,1%	70,518 0,6%	71,224 1,0%	71,494 0,4%	71,637 0,2%	71,709 0,1%	71,781 0,1%
TLF	ERWERBSPERSONEN	3657,817 0,3%	3684,359 0,7%	3700,541 0,4%	3700,852 0,0%	3726,338 0,7%	3769,513 1,2%	3791,344 0,6%	3800,253 0,2%	3803,512 0,1%	3809,748 0,2%
Var1	INLAENDISCHE ERWERBSPERSONEN	3331,510 0,4%	3357,314 0,8%	3366,933 0,3%	3355,244 -0,3%	3366,418 0,3%	3401,494 1,0%	3415,965 0,4%	3419,243 0,1%	3416,787 -0,1%	3417,222 0,0%
DLFFOR	AUSLAENDISCHES ARBEITS- KRAEFTEANGEBOT	326,307 -0,5%	327,045 0,2%	333,608 2,0%	345,608 3,6%	359,920 4,1%	368,019 2,3%	375,379 2,0%	381,010 1,5%	386,725 1,5%	392,526 1,5%
SEG	SELBSTAENDIG ERWERBSTAETIGE	368,900 0,1%	369,900 0,3%	370,900 0,3%	372,800 0,5%	374,300 0,4%	375,236 0,3%	377,112 0,5%	378,997 0,5%	379,755 0,2%	381,275 0,4%
DLF	ARBEITSKRAEFTEANGEBOT	3288,917 0,3%	3314,459 0,8%	3329,641 0,5%	3328,052 0,0%	3352,038 0,7%	3394,277 1,3%	3414,232 0,6%	3421,255 0,2%	3423,757 0,1%	3428,473 0,1%
LEA	UNSELBSTAENDIG AKTIV-BESCHAEFTIGTE	2968,506 0,4%	2998,307 1,0%	3035,535 1,2%	3064,459 1,0%	3078,106 0,4%	3076,874 0,0%	3098,413 0,7%	3120,101 0,7%	3136,950 0,5%	3153,890 0,5%
LENACT	K(U)G-BEZIEHERINNEN UND PRAESENZDIENER	87,063 -4,9%	78,359 -10,0%	72,363 -7,7%	69,280 -4,3%	70,049 1,1%	86,160 23,0%	94,776 10,0%	99,515 5,0%	99,515 0,0%	99,515 0,0%
UN	ARBEITSLOSE	233,348 1,2%	237,793 1,9%	221,743 -6,7%	194,314 -12,4%	203,883 4,9%	231,243 13,4%	221,043 -4,4%	201,639 -8,8%	187,292 -7,1%	175,069 -6,5%
UR	ARBEITSLLOSENRATE NAT.DEF. ABSOLUTE DIFFERENZEN	7,095 0,063	7,174 0,079	6,660 -0,515	5,839 -0,821	6,082 0,244	6,813 0,730	6,474 -0,339	5,894 -0,580	5,470 -0,423	5,106 -0,364

TAB. 11 : EINKOMMENSVERTEILUNG (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

		1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
GDP\$	BIP ZU MARKTPREISEN NOM.	182,486 2,5%	189,937 4,1%	196,658 3,5%	204,842 4,2%	210,161 2,6%	216,392 3,0%	224,909 3,9%	234,822 4,4%	243,350 3,6%	251,824 3,5%
YWGG\$	ARBEITNEHMER-ENTGELT LT. VGR	96,048 2,0%	99,626 3,7%	103,302 3,7%	106,968 3,5%	110,848 3,6%	113,463 2,4%	116,885 3,0%	121,705 4,1%	126,278 3,8%	130,768 3,6%
BUSE	BRUTTOBETRIEBSUEBER- SCHUSS/SELBST.EINK	63,061 1,3%	66,644 5,7%	68,173 2,3%	72,508 6,4%	74,026 2,1%	77,010 4,0%	81,457 5,8%	85,752 5,3%	89,092 3,9%	92,445 3,8%
PASUB	PRODUKTIONSABGABEN MINUS SUBVENTIONEN	23,377 7,9%	23,667 1,2%	25,183 6,4%	25,366 0,7%	25,288 -0,3%	25,920 2,5%	26,568 2,5%	27,365 3,0%	27,980 2,3%	28,610 2,3%
YF\$	PRIMÄREINKOMMEN AUS DEM AUSLAND, NETTO	-1,156 5,7%	-1,452 25,6%	-3,267 125,0%	-2,884 -11,7%	-2,869 -0,5%	-2,869 0,0%	-2,869 0,0%	-2,869 0,0%	-2,869 0,0%	-2,869 0,0%
DEP\$	ABSCHREIBUNGEN LT. VGR	26,094 3,6%	27,106 3,9%	28,165 3,9%	29,500 4,7%	30,636 3,9%	31,801 3,8%	33,009 3,8%	34,263 3,8%	35,634 4,0%	36,988 3,8%
Y\$	NETTO-NATIONALEINKOMMEN ZU MARKTPREISEN	155,236 2,3%	161,378 4,0%	165,225 2,4%	172,459 4,4%	176,656 2,4%	181,722 2,9%	189,031 4,0%	197,689 4,6%	204,847 3,6%	211,966 3,5%
YT\$	LAUFENDE TRANSFERS AUS DEM AUSLAND, NETTO	-0,744 -10,7%	-1,205 62,1%	-1,058 -12,2%	-0,791 -25,3%	-0,964 21,9%	-0,964 0,0%	-0,964 0,0%	-0,964 0,0%	-0,964 0,0%	-0,964 0,0%
NE\$	VERFÜGBARES NETTOEINK. DER VOLKSWIRTSCHAFT	154,492 2,4%	160,173 3,7%	164,167 2,5%	171,668 4,6%	175,692 2,3%	180,758 2,9%	188,067 4,0%	196,725 4,6%	203,883 3,6%	211,002 3,5%

Autoren: Peter Brandner, Bernhard Felderer, Daniela Grozea-Helmenstein, Christian Helmenstein, Helmut Hofer,
Reinhard Koman, Robert Kunst, Monika Riedel, Andreas Schuh, Edith Skriner, Andrea Weber

Mittelfristige Prognose der österreichischen Wirtschaft 2002–2006

Wirtschaftsprognose / Economic Forecast 24

Redaktion: Beatrix Pawelczak

© 2002 Institut für Höhere Studien (IHS)

Eigentümer, Herausgeber und Hersteller: Institut für Höhere Studien (IHS)

Stumpergasse 56, A-1060 Wien ♦ ☎ +43 1 59991-0 ♦ Fax +43 1 59991-555 ♦ <http://www.ihs.ac.at>
